
Europa zum Klingen bringen

Wolfgang Schüssel

*Im Anfang war der Gedanke. Jedes
Wort, jede Tat war zuerst Gedanke.
(Othmar Capellmann)*

Der 27. Jänner 2006 als 250. Geburtstag Mozarts und gleichzeitig der von der UN-Generalversammlung ausgerufene »*International Holocaust Remembrance Day*« hat hohe Symbolkraft. Die Greuel des Holocaust erinnern an den Ursprung und die Motivation für den europäischen Einigungsprozeß. Wolfgang Amadeus Mozart wiederum verkörpert ein europäisches Genie, dessen Strahlkraft nach wie vor weit über Europa hinausgeht.

Mozart lebte in einer Zeit, in der Europa weniger offen war als heute. Das Reisen war beschwerlich, das Überwinden von Grenzen oft nicht möglich. Die Zeichen der Zeit aber standen auf Veränderung. In dieser Zeit des Aufbruches und Umbruches schuf er in seinen Werken einen geistigen Resonanzraum, der die Sehnsüchte und Wünsche der Menschen nach Freiheit, Mitbestimmung und Lebendigkeit widerspiegelte. In seinen Werken griff er den herrschenden Zeitgeist auf und gab ihn künstlerisch verdichtet an sein Publikum zurück.

Mozart war ein Mensch der Zeitenwende, sein Werk war zukunftsweisend. Er wies der noch im Barock verhafteten Gesellschaft den Weg zur Aufklärung, die Antworten auf die drängenden Fragen ihrer Gegenwart suchte. Mozarts Welt bestand auf Objektivität. Mozarts Aufrichtigkeit, das mutige Aufgreifen verschmähter Themen, sein Arbeitseifer und die Offenheit seiner Darstellung zeichnen ihn aus. Seine Musik setzt sich über Zwänge hinweg und weist den Weg zu einer lebensfrohen und optimistischen Welt.

Dieser Geist Mozarts wirkte als Vorbild für den Geist, in dem die Gespräche bei der Konferenz »*The Sound of Europe*« in Salzburg am 27. und 28. Jänner 2006 geführt wurden. Die Idee, eine Konferenz abzuhalten, die sich mit den Themen der Zukunft Europas und der europäischen Identität befaßt, entstand bereits im Frühjahr

2004. Der Jänner 2006 als Beginn des österreichischen EU-Ratsvorsitzes und das Jubiläum des 250. Geburtstages von Wolfgang Amadeus Mozart führten zur Wahl des Datums (27. Jänner) und der Stadt (Salzburg) für die Veranstaltung.

Während des niederländischen Ratsvorsitzes unter Premierminister Jan Peter Balkenende im ersten Halbjahr 2005 fand in Europa und den USA eine Konferenzserie mit dem Titel »*Europe. A Beautiful Idea?*« statt, die vom Nexus Institut (Tilburg, Niederlande) veranstaltet wurde und an die wir mit »*The Sound of Europe*« inhaltlich anknüpfen wollten.

Die Konferenz »*The Sound of Europe*« hatte das Ziel, Fragen zu behandeln, welche nach zwei gescheiterten Referenden zum Verfassungsvertrag und einem erfolglosen Gipfel um die Finanzvorschau im Juni 2005 noch mehr Brisanz gewonnen hatten. Die Europäische Union war in eine dramatische Situation geschlittert. Beim Europäischen Rat im Juni 2005 wurde eine Reflexionsphase beschlossen, in der die Ursachen des Unbehagens vieler europäischer Bürgerinnen und Bürger ermittelt und Lösungen gefunden werden sollten. In diesem Sinne haben wir es uns in Salzburg zur Aufgabe gemacht, die konkreten Ursachen dieses Unbehagens aufzuspüren und mögliche Antworten darauf zu finden.

Unterstützt wurden wir in unseren Bestrebungen von der Europäischen Kommission, deren Plan »D« für Demokratie, Dialog und Diskussion mit unseren Intentionen harmonierte. Rund 400 internationale Gäste aus den Bereichen Wissenschaft, Politik, Kultur, Medien sowie Studenten aus mehreren Ländern Europas nahmen an der Konferenz teil.

Die reifste Frucht des Gedankens ist die Tat.
(Hans-Horst Skupy)

Es gibt keine einfachen Antworten auf komplexe Fragestellungen. Die Konferenz »*Sound of Europe*« konnte keine Patentrezepte für Europa liefern, sondern sollte als Anstoß für eine tiefer gehende und breite Debatte darüber dienen, wie unser Europa der Zukunft beschaffen sein sollte. In den drei Themenblöcken und der Abschlußdebatte wurden folgende Fragestellungen diskutiert:

I. Die europäische Krise. Ein Klang in Moll?

Die Trennlinien innerhalb der Europäischen Union während der Irak-Krise; die Ergebnisse der Abstimmungen über den Verfassungsvertrag; der Streit über den Haushaltsplan der Europäischen Union – das alles sind Symptome einer Krise, in der sich die Union derzeit befindet. Aber die zentrale Frage lautet: »Was ist das Wesen dieser Krise?« Sind die bestehenden Probleme und Sorgen vorwiegend ökonomischer Natur, und könnte daher eine Lösung in wirtschaftlichen Begriffen formuliert werden? Oder handelt es sich vielmehr um ein strukturelles politisches Problem, eine Krise der Politik und der Demokratie, und geht es nur darum, Brücken zu bauen, Legitimität wiederherzustellen und über das Wesen der Demokratie nachzudenken? Oder weist die Krise in Europa nicht auf ein viel grundsätzlicheres Problem hin? Haben wir es mit einer Krise der europäischen Kultur zu tun? Mit der Krise einer Gesellschaft, die nicht mehr weiß, was Europäer zu sein bedeutet und die nach der

einen verbindenden Idee sucht, nach einer intellektuellen Grundlage, von der die europäische Gesellschaft ihre Identität ableiten könnte?

II. Was nun? Ein neuer Klang?

Auf die Frage »Wozu eine Europäische Union?« war die Standardantwort stets: »Für Frieden und Wohlstand.« Aber was vor einem halben Jahrhundert inmitten von Trümmern noch ein Traum war, wird nun als Selbstverständlichkeit wahrgenommen. Gleichzeitig wird auch mancherorts die Frage gestellt, ob nicht die heutige Europäische Union mehr eine Antwort auf die Probleme von gestern und weniger eine auf die Herausforderungen von morgen ist.

Was ist unsere Antwort auf die Frage, die der polnische Philosoph Leszek Kolakowski gestellt hat:

»Wenn wir wollen, daß die EU nicht (nur) ein Ort für Geldtempel von Banken und Börsen ist, sondern auch ein Ort, wo materieller Wohlstand von Kunst umgeben ist und dazu da ist, den Armen zu helfen, wenn wir Redefreiheit wollen, die so leicht zur Verbreitung von Lügen und Übeltaten mißbraucht, aber genauso gut für inspirierende Werke verwendet werden kann – was ist dann zu tun?«

Wird es mit der »Lissabon Agenda« gelingen, Antworten auf diese Fragen zu geben und wird sie genügend magnetische Anziehungskraft besitzen, um der EU jenen Schwung zu geben, der ihr fehlt, oder fehlt da noch etwas anderes? Und, wenn ja, was? Wieviel politische Integration ist notwendig? Was sind die Anliegen und die Herausforderungen der Zukunft, und welche Rolle kann die Europäische Union bei ihrer Bewältigung spielen? Was erwartet sich der Rest der Welt von der Europäischen Union?

III. Musen und Sirenen

Die Musen sind die traditionellen Hüterinnen der europäischen Idee. Es ist (oder war?) unmöglich, Europäer zu sein, ohne sie zu kennen, als Vertreterinnen der einzigen wirklichen europäischen Lingua franca, der europäischen Kunst: Dante und Cervantes, Michelangelo und Vincent van Gogh, Mozart und Schönberg, Kafka und Pessoa, Fellini und Kieslowsky, Maria Callas und John Lennon etc. Welche Zweifel jemand auch hegen mag, was nun europäisch ist und was nicht, über unsere Geschichte und Kultur kann es keinen Zweifel geben. Ein führender europäischer Humanist wie George Steiner führt das Verschwinden der europäischen Identität zum Teil auf einen Verlust des kulturellen Wissens zurück. 2003 sagte er in einem Vortrag »Die Idee von Europa«:

»Nichts bedroht Europa radikaler – von der Wurzel her – als die alles wegspülende, exponentielle Flutwelle des Angloamerikanischen und des vereinheitlichten Wertesystems und Weltbildes, die dieses alles verschlingende Esperanto mit sich bringt. Der Computer, die Kultur des Populismus und der Massenmärkte, sie alle sprechen Angloamerikanisch, von den Nachtclubs in Portugal bis zu den Fast-food-Buden von Wladiwostok. Europa wird in der Tat zu Grund gehen, wenn es aufhört, für seine Sprachen, für seine lokalen Bräuche und gesellschaftlichen Autonomien zu kämpfen. Und wenn es vergißt, daß ›Gott im Detail liegt‹ [...]. Die Würde des Homo sapiens besteht gerade in der Verwirklichung von Weisheit, dem Streben nach unei-

gennützigem Wissen, der Erschaffung von Schönheit [...]. Wenn aber junge Engländer in einer Auflistung ihrer nationalen Schätze David Beckham weit vor Shakespeare oder Darwin reihen, wenn Bildungsinstitutionen, Buchhandlungen, Konzerthäuser und Theater um ihr Überleben kämpfen müssen, und das in einem Europa, das zutiefst wohlhabend ist und wo der Wohlstand noch nie so präsent war wie jetzt, dann liegt die Schuld ganz klar bei uns selbst.«

Die Historiker haben nicht vergessen, daß für viele Intellektuelle, Dichter und Künstler eine der vielen treibenden Kräfte hinter dem Ersten Weltkrieg ein Konflikt zwischen »Kultur« und »Zivilisation« war, zwischen kulturellen, metaphysischen Werten einerseits, und politischen und gesellschaftlichen Werten andererseits. Diesen Konflikt hat die »Zivilisation« gewonnen, aber mit der Befreiung des Individuums kam auch die Kultur der Massen. Warum sollte das ein Problem sein? Haben nicht die Musen sich oftmals als Sirenen entpuppt, die Europa ins Verderben stürzen? Und haben nicht Filme wie *Star Wars*, *Schindlers Liste* und *The Matrix* genau so viel pädagogischen Wert wie z. B. *Krieg und Frieden*? Ist es nicht so, daß hinter der Forderung nach der »Hochkultur« nur allzuoft eine nostalgische Sehnsucht nach einem untergegangenen Europa zu spüren ist, oder besteht tatsächlich ein Zusammenhang zwischen der Tatsache, daß diese Kultur wie ein Museum ist, und der Identitätskrise der Europäer? Welche Art von Wissen brauchen wir, um Europäer zu sein? Welche Bilder können wir verwenden, was kommunizieren wir, wenn wir Europa kommunizieren?

Abschlußdebatte: Europa zum Klingen bringen

Ob »*The Sound of Europe*« wieder in all seiner Schönheit zu hören sein wird oder ob das Konzept von »*Europe. A Beautiful Idea*« jemals eine Chance auf Verwirklichung haben wird, hängt zu einem großen Teil davon ab, ob es den führenden Politikern gelingen wird, die europäische Idee zu der ihren zu machen und diese Vision in eine konkrete politische Form zu bringen. Was können Politiker in einer Demokratie bewirken, die von den Massenmedien und der Kurzatmigkeit beherrscht wird? Welche Antwort haben die Politiker auf das Wiederauftauchen von Populismus und Nationalismus? Wie kann es ihnen gelingen, Brücken zu bauen und gleichzeitig politische Führungsarbeit zu leisten? Was werden sie tun, um Worten und Schlußfolgerungen jene Taten folgen zu lassen, die die Europäische Union in Zukunft so dringend benötigt?

*Die Kunst ist eine Plattform für Identitätskrisen,
aber auch für Identitätsfindung.
(Martin Kusej)*

In Salzburg wurden diese Fragestellungen genauso wie Probleme und Schwierigkeiten offen angesprochen. Ein Teil des Unbehagens vieler Menschen rührt von den rasanten Veränderungen her, denen das globale Umfeld unterworfen ist. Viele dieser Veränderungs-, Wachstums- und Reifungsschmerzen spüren wir natürlich auch in Europa. Doch unser Europa darf nicht auf eine rein ökonomische Idee reduziert werden, es kann nicht nur um Wettbewerbsvorteile, Freihandel und Marktanteile gehen.

Europa muß mehr sein, es muß eine kulturelle Identität finden. Wir müssen uns darauf besinnen, was uns zusammenhält, wo Europas Grenzen, Ziele und Möglichkeiten liegen. Europa muß seinen Realitäts- und Möglichkeitssinn entwickeln. Nicht nur eine gemeinsame Währung gewährleistet den Zusammenhalt, sondern auch ein gemeinsames Ziel und gemeinsame Projekte sind dafür wesentlich. Die Grenzen Europas sind nicht den Geografiebüchern zu entnehmen oder von Landvermessern in Stein gemeißelte Fixpunkte. Die Grenzen Europas definieren sich nach den in Europa gelebten Werten, Idealen und Lebensarten. Es geht auch und vor allem um die Bewahrung dieses typisch europäischen Lebensstils, des »*European way of life*«.

In seinem Impulsreferat sprach der französische Premierminister Dominique de Villepin diese Dimension an: »In Österreich, im Vereinigten Königreich oder in Dänemark sind wir alle davon überzeugt, daß Europa eine besondere Verantwortung trägt, nämlich die Beschäftigten zu schützen, gewisse Aufgaben wahrzunehmen, z.B. die Gesundheitsversorgung sicherzustellen, Chancengleichheit zu gewährleisten, den Ärmsten zu helfen. Die Europäer haben heute das Gefühl, daß wir nicht ausreichend für diese Werte stehen und für sie eintreten und daß Europa zu einer Art Transmissionsriemen für die Globalisierung werden könnte.«

Europa mit seinen derzeit 25 Mitgliedstaaten ist wie ein Orchester, das nur im Zusammenspiel seine volle Wirksamkeit und somit seinen Mehrwert entfalten kann. Das erwarten auch die Bürger von uns. Das europäische Lebensmodell, bei dem soziale Marktwirtschaft mit gesellschaftlicher Kohäsion und dem nachhaltigen Schutz der Umwelt in eine einzigartige Balance gebracht wird, ist nicht nur etwas, worum uns Millionen Menschen beneiden, sondern auch ein Wert, den wir zu schützen haben.

Zukunft planen heißt, Ziele formulieren.
(Josef Recla)

Die Debatten in Salzburg haben eine breite Diskussionsgrundlage geschaffen. Es hat keine Abkürzungen, keinen Bypass gegeben, sondern wir haben mögliche Argumente, Wege und Perspektiven aufgespürt. Die Probleme und Sorgen der Menschen kann man als identifiziert betrachten, nun müssen wir daran arbeiten. Wir müssen aus der Phase der Therapie herauskommen. Europa ist stark und hat auch die Kraft dazu. Aber: wir können nur gemeinsam etwas bewegen. Denn auch für Europa gilt: wenn nur ein Orchestermittglied falsch spielt, wird das gesamte Orchester ausgebuht.

Wichtig erscheint mir auch, daß wir in Europa beginnen, viel mehr aufeinander neugierig zu sein und einander kennen zu lernen. Nur was man kennt, kann man auch lieben. Wir müssen den Mut und die Phantasie aufbringen, unsere Union wieder näher an die Bevölkerung heranzubringen. Die kritische Distanz, die sich zwischen den Institutionen und den Bürgern entwickelt hat, muß überwunden werden. Es fehlt noch an gemeinsamen Symbolen und Bildern. Dabei besteht durchaus eine Sehnsucht nach einer sympathischen Heimat Europa – nach einem Europa, das den Menschen nützt und sie gleichzeitig schützt.

Mit dem Logo der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft, das vom niederländischen Architekten Rem Koolhaas stammt, haben wir einen ersten Schritt in diese Richtung versucht: aus den Flaggenfarben der 25 Mitgliedstaaten entsteht ein neuer

Code, ein neues buntes und fröhliches Bild, ohne daß die Individualität der einzelnen Mitgliedstaaten verlorengehe.

Es werden viele Initiativen nötig sein, Europa und seinen Wert für uns alle stärker bewußt zu machen. Anlässe wie den Europatag am 9. Mai sollten wir generell viel stärker dazu nützen, um mit den Bürgerinnen und Bürgern Europas ins Gespräch zu kommen und Gedanken über Europa auszutauschen. Warum etwa nicht die Kaffeehauskultur beleben, die die europäische Geschichte so nachhaltig mitgeprägt hat?

Österreich wird im Rahmen seines EU-Ratsvorsitzes weitere Akzente setzen, um die Diskussion über die Zukunft Europas voranzutreiben und anhand konkreter Projekte auch faßbare und spürbare Antworten zu finden. So werden wir uns beim Frühjahrsgipfel der zentralen Frage widmen, wie wir mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa erreichen können. Bei der Konferenz »Europa fängt zu Hause an« im April soll ein Gedankenaustausch zum Thema Subsidiarität stattfinden, um auf die Sorgen über einen schleichenden Zentralismus in Europa einzugehen. Schließlich werden sich die europäischen Regierungschefs beim EU-Gipfel im Juni um eine Einigung über die weitere Vorgangsweise bemühen, wie wir Schritt für Schritt Europa besser machen können.

Die Konferenz »*The Sound of Europe*« konnte vielleicht ein Stück dazu beitragen, einen Auftakt für eine »Zukunftsmusik für einen alten Kontinent« zu geben.

Europa: Identität und strategische Perspektive

Werner Weidenfeld

Ein politisch-kulturelles Signal wollte die österreichische Präsidentschaft mit der Einladung des politischen Europa in die Geburtsstadt Mozarts nach Salzburg zur Tagung »*The Sound of Europe*« am 27./28. Januar 2006 setzen. Bundeskanzler Schüssel rückte als EU-Ratspräsident erstmals die Kultur in das Zentrum der Politik. Die Kulturschaffenden saßen nicht als Ornament am Rande, sondern auf gleicher Höhe mit den Spitzen der europäischen Politik. Außerdem wurde ein atmosphärisches Signal gesetzt. Man wollte optimistisch anknüpfen an den verhalten positiven Ausgang aus dem europäischen Krisenjahr 2005. Auf dem Gipfel am 15./16. Dezember 2005 hatte Europa seine Fähigkeit zur Einigung bewiesen¹. Die große Krise konnte durch den Kompromiß zur Finanziellen Vorausschau 2007–2013 nach dem Scheitern der Verhandlungen im ersten Anlauf unter luxemburgischer Präsidentschaft im Juni 2005 abgewendet werden.

Aber können sich die Europäer mit diesem bescheidenen Erfolg im neuen Jahr beruhigt zurücklehnen? Mitnichten. Die Beendigung des Finanzstreits war der Rückkehr zur Logik des Basars geschuldet: Sie folgte keiner sachlichen Reformstrategie, und alle großen Strukturfragen – allen voran die Subventionierung des Agrarmarktes – blieben ungelöst. Darüber hinaus stellt sich auch die Frage der Zukunft des Verfassungsvertrags im neuen Jahr immer drängender, denn die EU braucht dringend die institutionellen Neuerungen der Verfassung, insbesondere die Optimierung ihrer Entscheidungsverfahren, um auch in Zukunft entscheidungs- und handlungsfähig zu sein.

In Momenten der vordergründigen Erleichterung gilt es, den Blick nüchtern auf die eigentlichen Kernprobleme der Integration zu richten:

Es scheint in der Sache nur noch wenig zusammenzugehen in Europa. Nach dem Scheitern der Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden im Frühsommer 2005 kam der große Finanzstreit². Und vorher die Zweifel am Stabilitätspakt der gemeinsamen Währung, die Sorge um die Verkraftbarkeit der Beitrittswelle und

schließlich die polarisierte Debatte um den Türkeibeitritt. Während man sich beim Nein der Franzosen und der Niederländer noch darüber hinwegtrösten konnte, Europa sei in die Falle innenpolitischer Frustrationen gelaufen³, da offenbarten die Verhandlungen um den mittelfristigen Finanzrahmen, daß die Krise die Tiefenschichten der europäischen Ratio erfaßt. Beim Treffen der Staats- und Regierungschefs im Dezember 2005 in Brüssel wurde unmißverständlich deutlich, daß unvereinbare strategische Perspektiven aufeinanderprallen. Während die einen nur in den Vereinigten Staaten von Europa eine Überlebenschance für den Kontinent sehen – so das jüngste Memorandum des belgischen Ministerpräsidenten Guy Verhofstadt⁴ –, betonte die britische Regierung, sie sei nur einem Binnenmarkt beigetreten. Diese tiefe Diskrepanz in der finalen Perspektive droht nun der Erfolgsgeschichte der Integration ein abruptes Ende zu bereiten. Unübersehbar ist mittlerweile, daß der integrationspolitische Grundkonsens der Vergangenheit angehört. Vordergründig wird um Finanzen und Vertragstexte gestritten, im Kern geht es um antagonistische Zukunftsfixierungen. Solange dies nicht in aller Klarheit ausgesprochen wird, kann es auch keine positive Klärung der Problemlage geben. Vor diesem Hintergrund klingt es geradezu skurril, daß sich die Europäische Union selbst eine »Denkpause« verordnet hat – wo es doch eigentlich um die öffentliche Verständigung auf eine gemeinsame Zukunftsstrategie geht. Ohne eine solche Verständigung wird das Europa der 25 erodieren, möglicherweise sogar zerfallen. Ganz offenbar stehen wir vor einer Ära der Neubegründung Europas.

1. Drei verschiedene Europakonstrukte

Es gab Zeiten, da war Europa vom Wunder der Integration geradezu verzaubert. Nach Jahrhunderten leidvoller Erfahrung kriegerischer Gegnerschaften, nach imperialen Verwüstungen, nach nationalistischen Eruptionen hatten die Völker des Kontinents gleichsam den inneren Hebel komplett gewendet. Die Bildung einer europäischen Gemeinschaft wurde zur bewegenden Grundidee der Nachkriegszeit. Zwei große Vitalquellen lieferten ungeahnte Kraftreserven für diese historische Revolution: die Hoffnung auf Sicherheit gegen die große Bedrohung aus dem Osten und die Erwartung wirtschaftlicher Wohlfahrt durch den Gemeinsamen Markt. Beide Vorstellungen ließen sich realisieren. Europa wurde zu einem Modell für Sicherheit und Prosperität mit weltweiter Ausstrahlung. Als sich in den frühen achtziger Jahren erste Ermüdungserscheinungen zeigten und man von »Eurosclerose« sprach, da verhalf das strategische Denken eines Jacques Delors zu einem neuen Schub.

Heute erscheinen solche Hinweise auf das verzauberte Europa wie ferne Signale einer längst untergegangenen Zeit. Die Versuche der europäischen Institutionen zur Modernisierung des europäischen Wirtschaftsraumes, Lissabon-Strategie genannt, erweisen sich als pathetisch und unerreichbar, denn der EU fehlen die Kompetenzen und Instrumente. Der Stabilitätspakt um die gemeinsame Währung Euro wird inzwischen als Fessel empfunden. Budgetkonflikte, Agrarstreit, Bürokratie-Probleme, nationale Egoismen bestimmen das Bild. Kurzum: Die Dynamik früherer Zeiten ist dahin. Die alten Quellen europäischer Vitalität scheinen versiegt. Die Ziele der Gründerzeit sind erreicht: Die Bedrohung aus dem Osten ist überwunden, der Binnenmarkt ist nahezu vollendet. Die Erfolge sind konsumiert. Wozu neue Anstrengungen unternehmen, wozu neue Kräfte mobilisieren? Europa ist erschöpft.

Und dennoch reicht dieser Befund nicht aus, um das ganze Ausmaß von Frustration, Konfusion und Orientierungslosigkeit zu erklären, das heute die europäische Szene beherrscht. Es gibt einen anderen Schlüssel: Heute existieren drei verschiedene Konstrukte von Europa nebeneinander; keiner der drei Konfigurationen dominiert, so daß die aktuelle Verwirrung die logische Konsequenz ist:

- *Da ist das Europa des täglichen Pragmatismus:* Wir haben uns an Freizügigkeit und europaweite Mobilität gewöhnt. Ohne Masterplan hat sich dieses Europa der Römischen Verträge seit den 50er Jahren weiterentwickelt. Hier wurde eine kleine Kompetenz ergänzt, dort wurde ein Entscheidungsprozeß leicht korrigiert – alles ohne systematische Evidenz. Die Logik funktionaler Ergänzung bahnte den Weg und führte zur heutigen Intransparenz. Das hohe Niveau der Vergemeinschaftung ließ schließlich den Wunsch nach institutioneller Zuverlässigkeit übermächtig werden. Das Tor zur europäischen Verfassung öffnete sich. Als Ergebnis liegt nun ein Text zur Ratifizierung vor, der etwa im Vergleich zum Vertrag von Maastricht von begrenztem sachlichen Ertrag, aber zugleich von großem Symbolwert ist. Man mag dies als Erfolg feiern – aber von vitaler Aufbruchsstimmung war bereits zum Zeitpunkt des Beginns der Ratifizierungsverfahren im Oktober 2004 nichts zu spüren. Und durch die gescheiterten Referenden ist die EU in eine veritable Verfassungskrise gestürzt.
- *Da ist das zweite Europa:* Ein Kontinent, dessen Horizont entgrenzt ist. Die zunächst kleinräumige Gemeinschaft der Römischen Verträge hatte sich – gleichsam wie Jahresringe der Bäume – mehrfachen Erweiterungen unterzogen. Die ersten Erweiterungsrounden, die die Zahl der Mitglieder von sechs auf 15 wachsen ließen, hatten den ursprünglichen westeuropäischen Kern der Einigung nicht in Frage gestellt. Dies geschah erst durch das Ende des Ost-West-Konflikts. Die Vision eines vereinigten, großen Europa wurde Wirklichkeit. Historisch versunken geglaubte Kulturräume tauchten wieder auf der europäischen Landkarte auf, die Spuren des Habsburgerreichs ebenso wie die des Zarenreichs und des osmanischen Imperiums. Die Orthodoxie, der Islam, der römische Katholizismus und der Protestantismus mußten in nunmehr freien Gesellschaften zu einer neuen Koexistenz finden. Dieser große kulturhistorische Wandlungsprozeß, politisch organisiert im Europa der 25, hat eben erst begonnen, da vollziehen die Europäer bereits die nächste große Zäsur: Der Beginn der Beitrittsverhandlungen mit der Türkei im Oktober 2005⁵ ist in seiner Tragweite vergleichbar mit dem Ende des Ost-West-Konflikts. Nicht nur, daß mit der Türkei das künftig bevölkerungsreichste Mitglied aufgenommen wird, das heute zugleich das wirtschaftliche Armenhaus Europas bewohnt. Die substantielle Veränderung des machtpolitischen Gefüges, die durch den Türkei-Beitritt vollzogen wird, muß nüchtern wahrgenommen werden:
 - Die Netto-Zahler, zu denen Deutschland gehört, haben dann keine Sperrminorität mehr. Die Umschichtung des Haushaltes zugunsten der Empfänger-Staaten ist damit vorprogrammiert.
 - Die 15 »alten« EU-Staaten, die das Gesicht der EU bis zum 1. Mai 2004 allein prägten, verlieren ihre Gestaltungsmehrheit. Das Ende des »Geistes von Messina« (1955) und des »Geistes der Römischen Verträge« (1957) ist damit definiert. Welcher neue Geist an deren Stelle tritt, ist offen.

Mit dem Türkei-Beschluß ist Europa nun endgültig entgrenzt. Unsinn zu sagen, die Türkei gehört dazu, die Ukraine aber nicht; Unsinn zu sagen, die Türkei gehört dazu, Marokko aber nicht. Der Kern des Beschlusses zur Türkei bedeutet die Eröffnung eines großen Erweiterungsprozesses, dessen Ende heute rational nicht definiert werden kann. Die Ukraine mit ihrer jahrhundertelangen Einbindung in die polnische wie die österreichische Geschichte wird mittelfristig der EU beitreten. Gleiches gilt für die restlichen Balkanstaaten und die Maghreb-Länder. Und wer will dann Israel und Palästina die Tür vor der Nase zuschlagen? Schließlich werden Interessen und strategisches Kalkül die Gespräche mit Rußland und den Staaten des Kaukasus aufnehmen lassen. Mit welchem Argument sollte es Armenien und Georgien verwehrt sein, Mitglied zu werden? Der mit der Ukraine angezeigte Zusammenbruch des post-sowjetischen Imperiums Moskaus wird weit in die Europäische Union hinein ausstrahlen. Je früher Europa diese Reichweite des eingeschlagenen Weges strategisch begreift, desto besser. Aktuell wird diese Realität jedoch politisch verdrängt. Es werden Nebelkerzen eines beruhigenden Pathos gezündet – als könne man realistisch davon ausgehen, die Türkei sei das letzte Land, das legitimerweise seinen Eintritt in die Union fordert.

- *Das dritte Europa:* Die Vorstellung von Mission und Auftrag des Kontinents, die wir in unseren Köpfen haben. Europäische Identität war seit eh und je kompliziert und nur dünn entwickelt, überlagert von nationalen und regionalen Selbstverständnissen. Die europäische Selbsterfahrung hatte durchaus ein relevantes Profil erhalten – gezeichnet durch gemeinsames Leiden und daran anschließend durch eine gemeinsame Erfolgsgeschichte. Nun aber ist dieser Halt aus seiner Verankerung gerissen. Das pragmatische Europa hatte nicht einmal mehr die Kraft, seine kulturellen Wurzeln in seiner Verfassung zu definieren. Das entgrenzte Europa hat den räumlichen Rahmen entfernt, den ein Identitätsprozeß benötigt. Zurück bleiben die hilflosen Versuche der europäischen Kulturkongresse, die sich immer wieder neu auf die Suche nach der Seele Europas machen, um dann lediglich Material für die Satire der Feuilletons zu liefern. Die strategische Unentschiedenheit der Politik hat die Verwirrung in die Köpfe der europäischen Bürger befördert. Das Ergebnis ist eine tiefe mentale Orientierungskrise.

In solchen Situationen ist Rückzug angesagt. Die Europäer suchen neuen Halt in alten Traditionen: das nationale Bewußtsein, die regionale Heimat, die ethnische Behausung – sie alle bieten mentale Sicherheit, nur keinen europäischen Horizont. Das Entschwinden der europäischen Dimension wird kompensiert durch den scheinbar sicheren Zugriff auf die kleine politische Scholle. Kein Versuch kann in Zeiten der Globalisierung jedoch wirklichkeitsfremder ausfallen.

Der Befund der drei Europas muß uns erschrecken: Für eine Revitalisierung des Pragmatismus, eine Politik der kleinen, aber beständigen Schritte sind keine Quellen verfügbar. Für das entgrenzte Europa fehlt uns die strategische Vorstellungskraft. Für das verwirrte Europa in unseren Köpfen fehlt uns die ordnende Idee. So leidet unser Kontinent an dem klassischen Syndrom der Überforderung. Die Geschichte ist voller Szenarien des Untergangs, die aus Überforderung und Überdehnung großer politischer Räume entstanden. Wie soll uns auch die Konstruktion einer transparenten Gestalt Europas gelingen, wenn wir in der Wirklichkeit der Gegenwart den Überblick verloren haben?

Wir sollten die Dinge beim Namen nennen. Wir sollten zu einer neuen Ordnung unserer Gedanken kommen. Dann hat das Europa, dessen Untergang uns so lebhaft vor Augen steht, vielleicht doch noch eine Chance. Kulturhistorisch betrachtet wäre es jede Mühe wert. Dies bedeutet nicht, das Projekt Europa in seiner Gesamtheit neu zu erfinden. Notwendig ist es vielmehr, an Bestehendes anzuknüpfen und die Anfänge konsequent zu Ende zu denken.

2. Das Verfassungsprojekt weiter verfolgen

Die Dichte der europäischen Integration hat heute ein Niveau erreicht, das die Frage nach der Verfaßtheit der EU geradezu zwanghaft aufwirft. Die EU ist nicht mehr ein relativ bedeutungsloses Ornament der Politik, sondern sie ist durch Verflechtung und Kompetenzübertragung zum Kern politischer Machtarchitektur auf dem europäischen Kontinent geworden. Ein Europa aber, das magnetisch immer mehr Aufgaben und immer mehr Mitglieder an sich gezogen hat, lechzt geradezu nach verbürgter Zuverlässigkeit. Es ist nicht länger bloß ein Gegenstand von Pathos und Vision, sondern Produzent von öffentlichen Gütern, an den harte Leistungserwartungen zu richten sind. Mit der Frage der Verfaßtheit der EU haben sich die Mitgliedstaaten seit den 80er Jahren bis heute in fünf großen Vertragsreformen – die in die Einheitliche Europäische Akte, die Verträge von Maastricht, Amsterdam und Nizza und zuletzt in die Europäische Verfassung mündeten – intensiv auseinandergesetzt. Die Europäische Verfassung stellt dabei den ambitioniertesten Versuch dar, Antworten auf die architektonischen Grundfragen der Integration zu geben und ein europäisches Modell transnationaler Staatlichkeit zu entwickeln.

Man muß sich aber vor Augen führen, daß der Verfassungsprozeß nicht den ersten Versuch einer Verfassungsgebung für die EU markiert. Den Druck, dem Projekt Europa eine zuverlässige Form zu geben, haben die politischen Entscheidungsträger zu allen Zeiten der Integration gespürt. So ist der aktuelle Verfassungsprozeß bereits der vierte Anlauf innerhalb eines halben Jahrhunderts:

- Anfang der fünfziger Jahre hatte man – als gemeinsames Dach für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft – den Verfassungsentwurf einer Europäischen Politischen Gemeinschaft parlamentarisch ausgearbeitet. Mit dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in der französischen Nationalversammlung war dieser ambitionierte Versuch einer Verfassung ebenfalls gescheitert – zugleich aber war es der Startschuß, die Römischen Verträge auszuhandeln.
- Im Jahr 1962 mißlang der Versuch, der unter dem Namen der Fouchet-Pläne eine Politische Union kreieren sollte. Als »Ersatzlösung« wurde 1963 der Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag unterzeichnet, der den Beginn einer für die Integration überaus fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen den ehemaligen Erzfeinden Frankreich und Deutschland markierte.
- Mit der ersten Direktwahl 1979 definierte das Europäische Parlament sich selbst quasi als verfassungsgebende Versammlung. Unter der Federführung des Italieners Altiero Spinelli feilte das Europäische Parlament über Jahre an einem Verfassungsentwurf. Der verabschiedete Text blieb jedoch in den Debatten der nationalen Institutionen hängen. Ganz nutzlos war die Übung aber dennoch nicht. Die Spinelli-Initiative wurde zu einem der Auslöser für die Einheitliche Europäische

Akte, mit der Ende der 90er Jahre das große Werk der Binnenmarktvollendung organisiert wurde.

Die schmerzhafteste Erfahrung dreifachen Scheiterns begleitete also den Versuch, Europa eine Verfassung zu geben. Und nach den ablehnenden Voten der Franzosen und Niederländer im Frühsommer 2004 droht die Verfassungsgebung nun zum vierten Mal zu scheitern. Wie bereits nach den Reformrunden der 80er und 90er Jahre, die alle aus der Notwendigkeit zu weiteren Reformschritten entstanden, wird die EU den Verfassungsdruck aber auch in Zukunft spüren. Je mächtiger Europa künftig sein wird, desto schmerzlicher wird das Fehlen einer Verfassung empfunden werden. Auf Dauer wird sich die Union der Notwendigkeit, mehr Klarheit zu schaffen, nicht widersetzen können. Niemand kann ein Interesse daran haben, daß die politischen und ökonomischen Potenziale des großen Europa nicht ausgeschöpft werden. Die Verfassung wird, so unrealistisch dies angesichts der aktuellen Lage erscheinen mag, eines der zentralen Themen für die Zukunft der Integration bleiben.

3. Handlungsfähigkeit sichern: Ausweg aus der akuten Ratifizierungskrise

Nach den gescheiterten Referenden gilt es aber in einem ersten Schritt, Europa aus der akuten Ratifizierungskrise herauszuführen. Die Verfassung in der Form ihrer Ratifizierung auf dem römischen Kapitol am 29. Oktober 2004 hat momentan keine Chance auf ein Inkrafttreten. Gefragt sind zunächst Alternativen zum Verfassungsvertrag. Die Chancen stehen – verfolgt man die Rhetorik der politischen Entscheidungsträger⁶ – nicht schlecht, wenn nicht den vorliegenden Text, dann doch zunächst die Substanz der Verfassung als solche zu retten. Keine der Kontroversen in den Mitgliedstaaten hat sich am wirklichen Kern der Verfassung festgemacht⁷. Der Fortschritt, den die Verfassung im Blick auf die Handlungsfähigkeit, die Effektivität und die demokratische Legitimation Europas bringen sollte, wurde nirgends in Frage gestellt.

Die Verfassung aber war von Anfang an mit einem anderen schweren Webfehler behaftet: Der Text ist umfangreich, kompliziert, unverständlich. Deshalb konnte man als Gegner auch ungestraft alles Mögliche in diesen Text hineingeheimnissen. Zudem lud das Text-Monstrum geradezu dazu ein, innenpolitische Frustrationen anzudocken. Das »Nein« war eine Absage an nationale Regierungen und das Resultat von unbegründeten mythologischen Ängsten. Eine Absage an das historische Projekt einer europäischen Friedensordnung wurde hier nicht formuliert. Im Nachgang zu den gescheiterten Referenden gaben 46 Prozent der Franzosen und gar 70 Prozent der Niederländer an, die Mitgliedschaft ihres Landes in der EU für eine grundsätzlich gute Sache zu halten⁸.

Es bietet sich daher an, die Weiterentwicklung des politischen Systems der EU angesichts der akuten Ratifizierungskrise zu entdramatisieren: Aus dem provozierenden Großtitel der Verfassung könnte zunächst wieder die bescheidene Variante eines Vertrages werden. Der Kernbestand an Verfassungsneuerungen sollte in die bestehenden Verträge übertragen werden. Hierzu müßten die zentralen Reformen der Verfassung identifiziert und in Gestalt eines Änderungsvertrages zum geltenden Primärrecht gebündelt werden⁹.

Die Reform der geltenden Verträge sollte folgende Kernbereiche der Neuerungen der Verfassung¹⁰ umfassen:

- (1) die Reform des institutionellen Systems der EU,
- (2) die Weiterentwicklung der Entscheidungs- und Abstimmungsverfahren,
- (3) die Reform und Ergänzung der Instrumente differenzierter Integration sowie
- (4) eine Reihe struktureller Bestimmungen.

(1) Reform des Institutionensystems

Die zentralen institutionellen Reformen der Verfassung sollten in die geltenden Verträge inkorporiert werden. Dies betrifft vor allem die Einsetzung eines gewählten Präsidenten des Europäischen Rates, die Schaffung des Amtes eines Europäischen Außenministers sowie die Verkleinerung der Kommission und die Stärkung ihres Präsidenten. Die daraus resultierende Personalisierung der europäischen Führungsarchitektur ermöglicht eine klare Zurechenbarkeit von Verantwortung auf EU-Ebene und stärkt die Kontinuität, Sichtbarkeit und Kohärenz europäischer Politik.

(2) Weiterentwicklung der Entscheidungs- und Abstimmungsverfahren

Will die EU handlungsfähig bleiben und ihre demokratische Legitimation ausbauen, muß sie die Entscheidungs- und Abstimmungsverfahren im Ministerrat und im Europäischen Parlament reformieren sowie die nationalen Parlamente stärker einbeziehen. Vor allem die Einführung der »doppelten Mehrheit« ist eine Zäsur in der Entwicklung der Europäischen Union. Die Zahl der Bürger und die Zahl der Staaten als Entscheidungsbasis bei Abstimmungen im Ministerrat spiegeln die beiden Legitimationsstränge der EU wider. Dieses Abstimmungsverfahren erschwert die Bildung mitgliedstaatlicher Blockadekoalitionen und fördert konstruktive Mehrheiten. Die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat – von 137 auf 181 Fälle – ist von entscheidender Bedeutung für die Problemlösungskompetenz einer erweiterten EU und sollte auch bei einer Reform des Nizza-Vertrages berücksichtigt werden. Darüber hinaus sollten die Rechte der nationalen Parlamente durch die Einführung des Subsidiaritäts-Frühwarnmechanismus ausgebaut, plebiszitäre Elemente (Bürgerbegehren) etabliert und die Haushaltbefugnisse sowie die Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments im Gesetzgebungsprozeß gestärkt werden.

(3) Reform und Ergänzung der Instrumente differenzierter Integration

In der erweiterten EU werden die Interessen der Mitgliedstaaten immer heterogener. Strategien differenzierter Integration erlangen deshalb eine herausragende Bedeutung. Bereits in der Vergangenheit wurden in der Währungs-, Innen- und Sozialpolitik Blockaden oder der mangelnde politische Wille bestimmter Mitgliedstaaten mit den Mitteln der Differenzierung überwunden und der Integrationsprozeß vorangebracht. Bei einer Veränderung der geltenden Verträge sollten die in der Verfassung vorgenommenen Reformen der bereits bestehenden Flexibilitätsinstrumente (Verstärkte Zusammenarbeit) sowie die Einführung neuer Instrumente vor allem im Bereich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik übernommen werden¹¹.

Es wird dabei zu entscheiden sein, was auf europäischer Ebene zu regeln ist und wer welcher Art von Kompetenzkreis angehören will. Es wird Kreise von unterschiedlicher Integrationsdichte geben und jeder Kreis wird die Entscheidungsprozeduren definieren, die er für effizient hält. Denjenigen Staaten, die sich im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Justiz- und Innenpolitik enger zusam-

menschließen wollen, muß die Möglichkeit hierzu eröffnet werden. Nur so kann sichergestellt werden, daß die ökonomischen und politischen Potentiale der erweiterten Union voll ausgeschöpft werden können. Auf das uniforme Groß-Europa der gestreßten, ermüdeten und orientierungslosen Art könnte so im positiven Falle eine neue politische Komposition folgen: Dem differenzierten Europa gehört die Zukunft.

(4) Strukturelle Bestimmungen

Abschließend sollte eine Reihe struktureller Bestimmungen der Europäischen Verfassung im Kontext einer Reform der geltenden Verträge übernommen werden. Hierzu gehören vor allem die rechtsverbindliche Verankerung der Charta der Grundrechte im Nizza-Vertrag, die Einführung der Kompetenzkategorien, die Übernahme der sogenannten »Passerelle-Klauseln« zur vereinfachten Weiterentwicklung der europäischen Verträge, die Reform des Verfahrens zur künftigen Revision des Primärrechts sowie die Übernahme der Solidaritätsklausel und die Einführung der gegenseitigen Beistandspflicht.

In dieser neuen Bescheidenheit könnte eine kurz- bis mittelfristige Lösung liegen: In einem Änderungsvertrag zum Vertrag von Nizza jene Schlüsselfragen zu klären, die der monströse Verfassungstext eher verstellt und vernebelt. Auf diese Weise könnte für Europa das Scheitern eines Projekts erneut zum entscheidenden Aufbruch werden. Denn auf dieser Grundlage kann in einem nächsten Schritt die Erarbeitung und Verabschiedung eines verschlankten Verfassungstextes in Angriff genommen werden, der lediglich zentrale konstitutionelle Bestimmungen enthält und die Ausführungsbestimmungen in einen Text unterhalb des Verfassungsniveaus ausgliedert (»Zweiteilung der Verträge«¹²).

4. Jenseits der Systemreform: eine vitale transnationale Demokratie etablieren

Dieser Rettungsplan für die Substanz der Verfassung kann aber nur einen strukturellen Beitrag dazu leisten, europäischem Regieren einen ordnenden Rahmen zu geben. Eine vitale transnationale Demokratie setzt aber auch voraus, daß sich die EU-Bürger mit dem politischen System identifizieren und europäische Politik demokratisch legitimieren – etwa durch den Wahlakt zum Europäischen Parlament, vor allem aber in politischen Debatten zu europäischer Politik¹³. Europapolitik wirkt nach innen in die Mitgliedstaaten hinein – und trotzdem ist sie noch immer kein selbstverständlicher Bestandteil nationaler, geschweige denn transnationaler Debatten. Europa ist nach wie vor ein artifizierlicher Nebenschauplatz. Obwohl die daraus resultierende Akzeptanz- und Legitimationskrise der EU bereits seit einiger Zeit schwelte, wurden die politischen Entscheidungsträger erst dann alarmiert, als die Nachricht vom Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden kam und ein substantieller und notwendiger Reformschritt in der Systementwicklung der EU über Nacht blockiert wurde. Es liegt aus diesem Grund im wohlverstandenen Eigeninteresse der EU, die Unterstützung des Bürgers für das europäische Projekt wiederzugewinnen¹⁴.

Wenn sich aber in Europa eine vitale Demokratie entwickeln soll, dann gehört dazu nicht nur, die Rechte des Europäischen Parlaments oder die Beteiligung der nationalen Parlamente zu stärken, also eine Korrektur auf der Systemebene vorzunehmen. Das Thema EU muß vielmehr zum integralen und selbstverständlichen Bestandteil politischer Debatten in den Mitgliedstaaten werden. Die Abschottung der

nationalen von der europäischen Ebene im politischen Diskurs muß aufgehoben werden, denn sie entspricht im Mehrebenensystem nicht mehr der Realität. Dazu ist Lernen und Umdenken erforderlich, nicht nur für die Bürger, sondern auch unter den nationalen politischen Entscheidungsträgern. Gelingt dies nicht, so besteht die Gefahr, daß Politik zwar zunehmend auch auf europäischer Ebene gemacht wird, aber dabei abgekoppelt bleibt von der Legitimation der Bürger. Anders formuliert: Der Bürger muß den politischen Entscheidungsträgern auch ein Mandat für ihre Politik in der EU geben. Und dies vermag er nur, wenn der Europapolitik ein größerer Raum in den tagespolitischen Debatten eingeräumt wird. Ein Raum, in dem auch Kontroversen ihren Platz haben, durch die der Bürger die Wahl hat zwischen Alternativen, und in denen er Europa als politisches, nicht wie so oft als bürokratisches Projekt erfährt. Dies ist ein Auftrag an die Politik, aber auch an die Medien.

Und schließlich gehört dazu auch, auf europäischer Ebene zu beherzigen, was Erfolgsrezept für die nationale Politik ist: Politik ist Personenwerk – nicht die Ansammlung seelenloser Apparate. Wer Politik verstehbar gestalten will, der muß ihr konkrete Gesichter geben. Auch Europa lebt von dieser unverzichtbaren Personalisierung. Der Präsident des Europäischen Rates, der gestärkte Kommissionspräsident und der neue Außenminister der Union – Europa würde mit der Europäischen Verfassung faßbare Gesichter bekommen, auf die sich Vertrauen und Mißtrauen, Zustimmung und Ablehnung fixieren lassen. Hier wird die Lücke, die ein Scheitern des Verfassungsprozesses nach sich ziehen würde, besonders spürbar sein.

5. Das strategische Defizit: die Achillesferse Europas

Einen Weg aus der akuten Ratifizierungskrise zu organisieren ist eine zu bewältigende Aufgabe. Der Reformdruck wird sich in der europapolitischen Tagesarbeit der kommenden Monate erhöhen und die Bereitschaft der Mitgliedstaaten für eine Kompromißlösung à la »Vertrag zum Vertrag von Nizza« wachsen lassen. Sehr viel schwieriger wird es sein, den Symptomen und Ausprägungen der Akzeptanz- und Legitimationskrise der EU zu begegnen. Dazu wird es keinen Königsweg geben, sondern ein Bündel von Maßnahmen wird erforderlich sein, das seine Wirkung erst mittel- bis langfristig zeigen wird.

Aber selbst wenn die EU diese Hürde nimmt, wird Europa dann auch in der Lage sein, sein Potential effektiv zu nutzen und sich zu einem reifen Akteur nach innen und außen zu entwickeln? Im Kern fehlt Europa für diese Rolle nicht nur ein operatives Zentrum, es fehlt vor allem ein strategisches Denken. Die großen Mächte Europas haben allesamt ihre weltpolitische Komponente eingebüßt. Keiner dieser Staaten hat den Führungswillen entwickelt, den nationalen Verlust seines weltpolitischen Horizonts nun europäisch zu kompensieren. Das Defizit an strategischem Denken erweist sich so als eigentliche Achillesferse Europas. Es existiert keine Agenda, die Europa in Krisen und Konflikten eine Orientierung geben könnte. Die großen Köpfe, die dieses Europa nicht nur vordenken, sondern auch umzusetzen imstande sind, sind derzeit nicht in Sicht. Erst aber wenn es Europa gelingt, diese Kultur strategischen Denkens zu entwickeln, wird es eine markante gestalterische Relevanz nach innen und außen erhalten und sich langfristig auf der Weltbühne halten können. Diese Perspektive erscheint vielen Entscheidungsträgern angesichts der akuten internen Probleme, denen die EU und ihre Mitgliedstaaten ausgesetzt sind, zu weit. Sie täten

jedoch gut daran, diese schon heute in den Blick zu nehmen. Denn Veränderungen ausgesetzt zu sein, wird auch in Zukunft ein zentrales Identitätsmerkmal des europäischen Projekts bleiben. Und die Fähigkeit, diesen Wandel zu organisieren, wird entscheidend für die Zukunftsfähigkeit Europas sein.

Anmerkungen

- ¹ Almut Metz: Ein verhalten positiver Ausgang des europäischen Krisenjahres 2005. Bilanz des Europäischen Rates vom 15./16. 12. 2005, CAP-Position vom 12. 01. 2006 (Download unter <http://www.cap-lmu.de/aktuell/positionen/2006/bilanz-uk.php>).
- ² Metz, Almut und Sarah Seeger: Bilanz des Europäischen Rates am 16./17. 06. 2005 in Brüssel (Download unter <http://www.cap-lmu.de/aktuell/positionen/2005/bilanz-lux.php>).
- ³ Jopp, Mathias und Gesa-S. Kuhle: »Wege aus der Verfassungskrise – die EU nach den gescheiterten Referenden in Frankreich und den Niederlanden«, in: *integration* 3/2005, S. 257–261; Thalmaier, Bettina: Nach den gescheiterten Referenden: Die Zukunft des Verfassungsvertrages, C·A·P Analyse 2/2005; dies.: Optionen für einen Plan-B im Falle des Scheiterns der Ratifikation des Verfassungsvertrages, C·A·P Working Paper, März 2005 (Download unter: <http://www.cap-lmu.de/publikationen/2005/planB.php>).
- ⁴ Siehe Rede des belgischen Premiers am 17. 01. 2006 am Center for Strategic & International Studies (CSIS) in Washington DC (Download unter <http://www.premier.fgov.be/fr/premier/speeches/2006/14020.html>).
- ⁵ Zum selben Zeitpunkt wurden auch Beitrittsverhandlungen mit Kroatien begonnen und auf dem Europäischen Rat am 15./16. 12. 2005 wurde Mazedonien der Status eines Beitrittskandidaten verliehen.
- ⁶ Siehe z. B. die Rede von Kommissionspräsident José Manuel Barroso anlässlich der Konferenz »The Sound of Europe« am 28. 01. 2006 in Salzburg (Download unter http://www.eu2006.at/de/News/Speeches_Interviews/2801Barroso.html).
- ⁷ Siehe Flash Eurobarometer 171: Post-referendum survey in France bzw. Flash Eurobarometer 172: Post-referendum survey in the Netherlands (Download unter http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm).
- ⁸ Siehe Standard Eurobarometer 64, Herbst 2005 (Download unter http://europa.eu.int/comm/public_opinion/index_en.htm).
- ⁹ Siehe Bertelsmann Forschungsgruppe Politik: »Ein Vertrag zur Reform des Vertrags von Nizza«, Juni 2005 (Download unter http://www.cap.lmu.de/download/2005/2005_Vertrag.pdf) und dies.: »Positionspapier: Wege aus der Verfassungskrise«, Juni 2005 (Download unter http://www.cap.lmu.de/download/2005/2005_Wege.pdf).
- ¹⁰ Zur Detailanalyse der Verfassungsbestimmungen siehe Weidenfeld, Werner (Hrsg.): »Die Europäische Verfassung in der Analyse«, Gütersloh 2005.
- ¹¹ Siehe Emmanouilidis, Janis A.: »Der Weg zu einer neuen Integrationslogik: Elemente flexibler Integration in der Europäischen Verfassung«, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): »Die Europäische Verfassung in der Analyse«, Gütersloh 2005, S.149–172.
- ¹² Siehe Bertelsmann Forschungsgruppe Politik: Ein Grundvertrag für die Europäische Union. Entwurf zur Zerteilung der Verträge, CAP Working Paper 5/2001 (Download unter http://www.cap-lmu.de/publikationen/2000/cap_grundvertrag.php); Emmanouilidis, Janis A.: »Overcoming the Constitutional Crisis.« Paper delivered to the symposium of the European Parliament on »The Future of the future of the constitutional process of the European Union«, 13./14. 10. 2005, Brüssel (Download unter <http://www.cap-lmu.de/publikationen/2005/constitutional-crisis.php>).
- ¹³ Siehe Emmanouilidis, Janis A. und Almut Metz: »Europapolitik: Nebenschauplatz im Wahlkampf 2005. Eine Chance wurde vertan.« CAP-Position vom 15. 09. 2005 (Download unter <http://www.cap-lmu.de/aktuell/positionen/2005/europapolitik.php>).
- ¹⁴ Bauer, Michael, Metz, Almut und Sarah Seeger: »Der Plan D der Europäischen Kommission«, CAP-Aktuell 03/2005 (Download unter <http://www.cap-lmu.de/publikationen/2005/cap-aktuell-2005-03.php>).

Der Islam und der EU-Beitritt der Türkei

Bassam Tibi

Europa befindet sich in einer Krisensituation, die sich auf viele Bereiche bezieht. Die EU beansprucht, eine Wertegemeinschaft und nicht nur eine Wirtschaftsunion zu sein. Doch viele Europäer zweifeln an sich und auch daran, daß es eine alle Europäer umfassende zivilisatorische Identität gibt. Im Gegensatz dazu steht die Annahme, daß europäische Werte und ein »*European way of life*« als essentieller Lebensstil tatsächlich existieren. Das Projekt Europa beruht auf einer zivilisatorischen Idee, deren Faszination darin besteht, daß sie eine offene Gesellschaft auf der Grundlage säkularer Werte vertritt. Die kulturellen Leistungen von Reformation, Renaissance, Aufklärung und Französischer Revolution stehen im Widerspruch zur Ethnizität und zu einer auf Religion basierenden Gesellschaft. Es ist »der philosophische Diskurs der Moderne«¹, der die Substanz der Idee Europas bildet. Für Europa ist die Existenz einer zivilisatorischen Identität also als Ausgangspunkt zu bejahen. In diesem Essay argumentiere ich als Muslim, der gegen die Ideologie des Islamismus ist, daß die islamische Zuwanderung nach Europa verbunden mit den europäischen Selbstzweifeln dazu geführt hat, daß die europäische Identität in eine Krise geraten ist. Der Islam steht bei der Frage »Europa ohne Identität?«² im Mittelpunkt und übt daher entscheidenden Einfluß auf die Zukunft Europas aus, wie etwa der Karikaturenstreit zu Beginn des Jahres 2006 eindeutig illustriert.

Auch die Fragen, die sich bei der großen Veranstaltung »*The Sound of Europe*« in Salzburg im Januar 2006 ergaben, hängen mit der Identität Europas zusammen. Die österreichische Regierung, die seit Beginn des Jahres die EU-Ratspräsidentschaft inne hat, eignete sich diese Thematik an. In seiner Eröffnungsrede zu dieser europäischen Konferenz, mit der Österreich parallel zur Feier des 250. Geburtstags von Wolfgang Amadeus Mozart die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft feierte, bekannte sich der österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel zur Idee Europas. Um Kontinuität zu wahren, erinnerte er an das Projekt »*Europe. A Beautiful Idea*«³, das vom Nexus Institut im Auftrag der niederländischen Regierung während ihrer EU-Ratspräsidentschaft 2004 in Dialogform in Den Haag, Berlin, Warschau,

Washington/DC und abschließend in Rotterdam durchgeführt wurde. Meine Aufgabe in jenem EU-Projekt bestand darin, zu klären, was getan werden muß, damit die in Europa lebenden Muslime die zivilisatorische Idee Europas als Identität des Kontinents auch für sich als Wahleuropäer annehmen. Diese Problematik blieb in Salzburg trotz ihrer großen Bedeutung leider unbehandelt und wird daher an dieser Stelle aufgenommen. Der Islam wird für Europa im 21. Jahrhundert den zentralen Gegenstand bilden,⁴ mit dem es sich angesichts der europäischen Identitätskrise auseinanderzusetzen gilt.

Das österreichische Projekt »The Sound of Europe« als Zugang zur Problematik: die Rückkehr der Religion als »cultural turn«

In dem von Bundeskanzler Schüssel gewürdigten niederländischen Nexus-Projekt spielte der Islam nicht nur eine zentrale Rolle, sondern die europäische Identität selbst wurde in Auseinandersetzung mit dem Islam erörtert (vgl. Anm. 3 und 5). Auch während der Konferenz »*The Sound of Europe*« hob Bundeskanzler Schüssel die Identitätsproblematik hervor, und die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission Margot Wallström beanspruchte anschließend für die europäischen Werte einen »inkluisiven, ja universellen Charakter«. Der französische Ministerpräsident Dominique de Villepin sprach als Hauptredner von der »*crise de l'identité*«, ohne diese jedoch zu spezifizieren. Der Islam kam in der Rede de Villepins nur zweimal in Form der Begriffe »*terrorisme islamist*« und »*les jihadistes*« zur Sprache. Es ist zwar richtig, daß der Dihadismus eine Gefahr darstellt, aber in bezug auf die zivilisatorische Herausforderung der Identität Europas, bei der eine Unterscheidung zwischen Islam und Islamismus vorgenommen werden muß,⁵ bildet er nur einen Nebenaspekt. In Salzburg schien der frühere österreichische Verteidigungsminister Werner Fasslabend der einzige unter seinen Politikerkollegen zu sein, der mit den Unterschieden zwischen Islam, Islamismus und Dihadismus vertraut ist. An dieser Stelle sei erklärt, daß der Islam eine Religion und ein kulturelles System ist, der Islamismus dagegen eine auf der Basis der Politisierung des Islam entstandene politische Ideologie, die einen islamischen Staat als Gottesherrschaft predigt. Letztere nenne ich den »neuen Totalitarismus«⁶. Der Islamismus ist wiederum binnendifferenziert in einen institutionellen, das heißt friedlichen, und einen djihadistischen, das heißt terroristischen Teil. Diese Unterscheidungen sind für Europa und für seine Identität aus zwei Gründen lebenswichtig:

Erstens hat die globale Migration dazu geführt, daß im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts bereits 20 Millionen Muslime in Staaten der Europäischen Union leben. Die meisten von ihnen sind in Frankreich (ca. acht Millionen), ein kleinerer Teil in Österreich (ca. 500.000) beheimatet. In den Niederlanden leben etwa eine Million muslimische Migrantinnen, in Großbritannien ca. 2,5 Millionen. Aussagekräftig sind jedoch weniger diese absoluten Zahlen als der prozentuale Anteil von Muslimen an der Gesamtbevölkerung (zum Beispiel Dänemark: eine halbe Million von fünf Millionen). Alle Salzburger Redner setzten sich für eine europäische Identität und entsprechende Werte ein, aber nur einer von ihnen erwähnte beiläufig das Problem der in Europa lebenden Muslime im Hinblick auf die Frage, ob auch sie sich diese europäische Identität zu eigen machen und jene europäischen Werte teilen. Es war der niederländische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende, der sich auf die von

anderen Rednern selbstgefällig angeführte angebliche Fähigkeit Europas, Einheit und Vielfalt miteinander zu verbinden, bezog und fragte, ob dies auch auf den Problemkomplex »Islam und Integration« zutreffe. Er unterließ es jedoch, dies näher zu erläutern, weshalb seine Frage in Salzburg unbeantwortet blieb. Die Führer und Imame der Muslime fordern eine Schari'a für Europa, was mit der europäischen Identität⁷ nicht nur nicht vereinbar, sondern sogar eine Bedrohung für sie ist. Viele Europäer wollen diese Herausforderung nicht wahrhaben.

Zweitens bedeutet der anstehende EU-Beitritt der Türkei eine weitere Herausforderung für Europa. De Villepin sagte diesbezüglich in Salzburg, es handele sich um eine »zentrale politische Entscheidung« für Europa, ohne dies jedoch inhaltlich auszuführen.

Nach Darlegung der beiden beiläufig in der Salzburger Debatte erwähnten, aber nicht näher erläuterten Herausforderungen möchte ich – vom Salzburger Treffen »*The Sound of Europe*« als ein Forum zum Nachdenken über die Zukunft Europas ausgehend – die Bedeutung des Islam hervorheben. Dabei stehen folgende in Salzburg gestellte Fragen im Mittelpunkt:

- Davon ausgehend, daß Europa eine zivilisatorische Identität hat, ist zu fragen, wie sich der Islam dazu verhält. Die bereits angeführte Herausforderung von 20 Millionen muslimischen Migranten in der EU und das Ansinnen eines islamischen Landes mit 70 Millionen Einwohnern EU-Vollmitglied zu werden, wozu die EU am 03. 10. 2005 durch die offizielle Aufnahme von Beitrittsverhandlungen die Möglichkeit gab, sind hier zu bedenken.
- Wenn Europa mehr als eine Wirtschaftsunion und, wie Jan Peter Balkenende es sagte, eine Wertegemeinschaft sein soll, dann ist zu fragen, ob die in der EU und in der Türkei lebenden Muslime diese europäischen Werte teilen beziehungsweise bejahen oder einen »islamischen Raum« als Gegenstrategie anstreben.
- Und schließlich: Bilden Muslime einen kulturellen Teil Europas oder nur eine »Enklave in Europa, die nicht zur westlichen Kultur gehört«⁸ und die Form einer Parallelgesellschaft annimmt? Welche Politik wird benötigt, um die Zugehörigkeit islamischer Migranten zu Europa durch Integration als »*citizens of heart*« zu bewerkstelligen?

Bei der Beantwortung dieser Fragen muß die Problematik von »*identity politics*«, die im 21. Jahrhundert des »*cultural turn*« von zentraler Relevanz ist, einbezogen werden.⁹ Angesichts der Bedeutung des Gegenstandes bewahre ich die englischen Ausdrücke im Original, weil sie weltpolitisch so zentral sind wie der Terminus »Computer« es in der Informatik ist. Im Zeitalter des Zivilisationskonfliktes gewinnt Kultur in der Weltpolitik zunehmend an Bedeutung (*cultural turn*), zudem wird die kulturelle Zugehörigkeit zum Teil konstruiert und zur Durchsetzung von Interessen politisiert (*identity politics*). Die Tatsache, daß Muslime sich mit der Religion des Islam zivilisatorisch identifizieren und in Europa auf einer »islamischen Identität« bestehen, veranschaulicht, inwieweit diese Zusammenhänge einen zentralen Bestandteil der Debatte über die europäische Identität bilden müssen. Analog zum Ausdruck »Demokratie ohne Demokraten« könnte man angesichts der Krisensituation, in der sich die europäische Identität befindet, von einem »Europa ohne Europäer« sprechen.

Warum verstehen die meisten Europäer diese Problematik nicht? Auch jene Europäer, die Max Weber nicht gelesen haben, glauben dennoch mit ihm, daß die Säkularisierung zur »Entzauberung der Welt« beigetragen hat und demzufolge mes-

sen sie der Religion als kulturellem Muster kaum noch Bedeutung bei. Die meisten Staaten der Europäischen Union (Neuzugangsländer aus dem Osten, wie zum Beispiel Polen, bilden hier eine Ausnahme) sind bekannt für ihre leeren Kirchen. In Holland werden Kirchen für Flohmärkte genutzt und im deutschen Nordrhein-Westfalen überlegen sich Kirchenväter und Politiker, ob sie leerstehende Kirchen aus Kostengründen und vorgeblicher Toleranz nicht doch an Muslime zur Verwandlung in Moscheen übergeben sollen. Angesichts dieser Sachlage ist es vielen Europäern nur schwer zu vermitteln, wie der »*cultural turn*« in einen globalen Prozeß des »*return of the sacred*« mündet. Westeuropäer interessieren sich nun einmal kaum mehr für Religion. Ebenso wenig wollen sie wahrhaben, daß durch die globale Migration die Problematik der Religion als Identität wieder in Europa eingeführt wird. Die formelhafte in Berkeley formulierte Frage für die europäische Zukunft lautet: »Islamisches Europa oder europäischer Islam?«¹⁰

Bereits vor einem Vierteljahrhundert sprach der Harvard-Soziologe Daniel Bell vom »*return of the sacred*«. Mehr als 20 Jahre später verkündete der deutsche Philosoph Jürgen Habermas in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels nach den Anschlägen vom 11. September »eine postsäkulare Gesellschaft«¹¹ für die Welt, allerdings ohne Bell zu zitieren. Der deutschstämmige Cornell-Gelehrte Peter Katzenstein faßt die Ergebnisse des von ihm zum Thema durchgeführten und als Buch erschienenen Projekts unter den Titel: »*Religion in an Expanding Europe*« zusammen (vgl. Anm. 10). Mit dem Ausdruck expandierendes Europa bezieht er sich auf die Erweiterung der Europäischen Union einschließlich der möglichen Aufnahme der Türkei. Die angeblich »postsäkulare« Entwicklung findet in aller Welt, nicht aber in Kerneuropa statt, wenn man von der Religion der Islam-Diaspora in Europa absieht. Bei diesem Trend in der Weltpolitik geht es nicht um den »Glauben an Gott«, sondern es handelt sich dabei um eine politische Ideologie in Gestalt des religiösen Fundamentalismus. Die meisten europäischen Meinungsmacher verwehren sich als Sittenwächter der *Political Correctness* gegen die Anwendung des Fundamentalismusbegriffs auf den Islam mit dem Argument, daß damit Vorurteilen und einem »Feindbild Islam« das Wort geredet würden. In Wirklichkeit, besonders in der Welt des Islam und ihrer Diaspora in Europa, handelt es sich beim islamischen Fundamentalismus um eine reale Bewegung. Die weltweite Aufregung über die dänischen Karikaturen beispielsweise waren keinesfalls eine spontane Reaktion, sondern als bewußte Hetze gegen Europa von dieser Bewegung als eine neue Internationale orchestriert.

Zwei führende amerikanische Theologen, Martin Marty und Scott Appleby, haben mit 40 Wissenschaftlern, unter denen alle Weltreligionen repräsentiert waren, an der *American Academy of Arts and Sciences* ein Projekt über die Realität des religiösen Fundamentalismus durchgeführt und fünf Bände als Arbeitsergebnis veröffentlicht.¹² Martin Marty resümierte in bezug auf Europa: »Im Hinblick auf die Rückkehr der Religion als religiöser Fundamentalismus ist Europa ein weißer Fleck.« Viele europäische Meinungsmacher glauben, das Zurückdrängen der Religion in Europa gelte für die ganze Welt. Zum einen ist dies ein Irrglaube und zum anderen kommen Menschen aus anderen Teilen der Welt durch globale Migration nach Europa, so daß die politisierte Religion auch hier eine zunehmend bedeutende Position einnimmt.

In Salzburg wollte Bundeskanzler Schüssel angesichts der oben beschriebenen Weltlage eine Diskussion über die Identität Europas auslösen, aber wie die *Financial*

Times richtig kommentierte: »Mr. Schuessel's problem is that Europe's citizens appear largely uninterested in discussions about EU identity«¹³. Diese Geisteshaltung war sogar bei den »opinion leaders« des Salzburger »Sound of Europe« zu beobachten, denen die *Financial Times* unter der Überschrift »Claims of Elitism« »elitäre Einbildung« vorwarf. Doch selbst diese Elite Europas scheint die islamische »identity politics« in der europäischen Islam-Diaspora sowie den »cultural turn« in der Weltpolitik nicht zu verstehen. Dabei sind diese Entwicklungen für die zivilisatorische Identität der Europäischen Union von zentraler Bedeutung. Am Beispiel der Islam-/Türkei-Problematik mit Europa-bezug will dieser Artikel zu der in Salzburg angeregten europäischen Debatte beitragen. Gleich zu Beginn bekenne ich mich als Muslim zu Europa in der Tradition meines Frankfurter Lehrers Max Horkheimer (ihm widmete ich mein Europa-Buch, vgl. Anm. 2) und nehme die Aussage der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, daß Europa inklusiv sei, wörtlich. Ein Kriterium für diese Inklusion muß die Europäisierung der Migranten und der EU-Beitrittskandidaten sein. Dies gilt sowohl für die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union als auch für die in Europa lebenden Migranten. Eine Inklusivität ohne eine verpflichtende Werteorientierung – diese nenne ich europäische Leitkultur (vgl. Anm. 2) – endet in Wertebeliebigkeit.

Nach einem gewonnenen Fußballspiel gegen die Türkei in Istanbul im November 2005 ernteten Schweizer Fußballer statt Glückwünschen als Anerkennung ihrer Leistung Prügel, die zum Teil zu schweren Verletzungen führten. Ist das europäisch? Nein, das ist skandalös und zwingt zum Nachdenken. Dabei stellt sich die Frage, ob die politische Kultur des Wettbewerbs, die auch im Sport gilt, als europäische Werteorientierung Anerkennung in der Türkei findet. Ein alle Lebensbereiche umfassender »European way of life« muß in der Türkei, die den Anschluß an Europa sucht, und in der europäischen Islam-Diaspora gelten. Ja zur Vielfalt, aber nur im Rahmen eines europäischen Wertekonsenses, der als integralen Bestandteil eine Kultur des Pluralismus mit einer zugehörigen Werteorientierung umfaßt.

Islam und Kemalismus als Projekt der Europäisierung

Der Begründer der säkularen Türkei, Kemal Atatürk, strebte für sein islamisches Land bei der Ausrufung der säkularen Republik¹⁴ unter Rückgriff auf das türkische Wort *tarakki*/Fortschritt den Anschluß an Europa an. Atatürk war fortschrittsgläubig und verband seine Politik der Europäisierung der Türkei mit deren positiver Entwicklung. Hätte er dauerhaften Erfolg gehabt, wäre die Türkei heute nicht nur ein Modell innerhalb der islamischen Zivilisation, sondern auch eine Brücke für Europa zur Welt des Islam. Sie ist jedoch keines von beiden, was die Tatsache beweist, daß sie von einer AKP-Regierung getragen wird, die eine Politik der Islamisierung betreibt. Der Fortschritt als Geisteshaltung, wie ihn sich Kemal Pascha für die Türkei wünschte, hat sich nicht ausreichend verbreitet. Das angeführte Verhalten der türkischen Fußballer bei der Schlägerei in Istanbul im November 2005 hat Symbolkraft und ist daher nicht als einmalige Entgleisung zu bewerten. In dieselbe Kategorie möchte ich die Äußerungen des türkischen Ministerpräsidenten der islamistischen Regierungspartei AKP, Recep Tayyip Erdoğan, über den islamischen Aufstand in den »banlieues de l'Islam« genannten Vororten von Paris einstufen. Laut Erdoğan war dies der Denkkzettel, den Frankreich für das »Kopftuchverbot-Gesetz« erhalten habe. Dabei

heißt das Gesetz richtig »Laïcité/Säkularitäts-Gesetz« und nicht »Kopftuchverbot-Gesetz«! Gerade diese *Laïcité* ist aber Bestandteil der kemalistischen Verfassung der Türkei, was der türkische Ministerpräsident zu vergessen scheint. Und noch ein weiterer Vorfall gibt Anlaß zur Besorgnis: Statt Mäßigung zu suchen, während der islamistischen Hetze gegen Europa im Karikaturenstreit, forderte Erdoğan die gesetzliche Zensur der europäischen Presse. Erneut frage ich: Ist das europäisch?

Die Türkei wird heute von der AKP regiert, die eine islamistische und keine islamisch-konservative Partei ist, wie sie sich selbst fälschlicherweise – angeblich analog zu den christlich-demokratischen Parteien Europas – präsentiert. In der Türkei befindet sich das kemalistische Projekt der Europäisierung daher in der Krise.¹⁵

Im Rahmen von Vielfalt im Sinne von Pluralismus als europäischer Wert kann die EU ein islamisches Land wie die Türkei aufnehmen. Pluralismus ist jedoch etwas anderes als »*anything goes*« und läßt keine Wertebeliebigkeit zu. Stattdessen setzt Pluralismus für die kulturelle Vielfalt einen Wertekanon als Rahmen, den ich europäische Leitkultur nenne. Der Kemalismus als Europäisierungsprojekt erfüllt diese Voraussetzung, nicht aber der Islamismus der AKP. Leider konnte der Kemalismus als Programm der Europäisierung der Türkei außer einem oberflächlichen Säkularismus und gewissem materiellen Fortschritt wenig von der europäischen Werteorientierung durchsetzen. Ein großer Fehler der Kemalisten bestand darin, den Islam zurückzudrängen, statt ihn wertemäßig durch Reformen zu europäisieren. Dies erklärt die heutige Rückkehr der Religion in Form des politischen Islamismus auch in der Türkei. Was dazu führt, daß die Türkei unter der AKP einen politischen, nicht aber einen europäisierten Islam in die EU einführen würde.

Der Islamismus hat nicht nur einen anderen Inhalt als der islamische Konservatismus, er ist auch Ausdruck einer Ideologie, die ich den »neuen Totalitarismus« (vgl. Anm. 6) nenne. Die USA, mit deren Hilfe die AKP-Türkei als Vollmitglied in die EU aufgenommen werden will, ist ein Verbündeter, aber kein Vormund. Gleichsam der Tradition unfreiwilliger Ehen sollen die USA für die von einer islamistischen Regierung geführte Türkei als »fremde Braut« eine Ehe mit der EU arrangieren. Sollte diese Zwangsehe abgewiesen werden, droht der türkische Schriftsteller Burak Turma Europa mit einem »Dritten Weltkrieg« (vgl. unten).¹⁶ Allein die zivilisatorische Abgrenzung des von der AKP befürworteten Kopftuchs macht deutlich, daß die »fremde Braut« nicht zu Europa gehört. Das Projekt der Europäisierung der Türkei durch den Kemalismus ist für die AKP kein Thema, weshalb es sich in einer Krise befindet!

Vom Kemalismus zur islamistischen Beschimpfung Europas als Christenclub

Die AKP leistet ein Lippenbekenntnis zu Europa, führt aber parallel sogar einen Propagandakrieg gegen die europäische Identität. Vor der offiziellen Eröffnung von Verhandlungen mit der Türkei am 3. Oktober 2005 über den möglichen Beitritt zur EU als Vollmitglied hat die AKP den Vorwurf wiederholt, die EU sei ein Christenclub und bliebe es, wenn keine positive Entscheidung über das türkische Beitrittsge-such getroffen werde. Der aufgrund der EU-Ratspräsidentschaft zurzeit als EU-Politiker agierende österreichische Bundeskanzler Wolfgang Schüssel hatte im Vorfeld vorgeschlagen, schriftlich festzuhalten, daß die Verhandlungen nicht ausschließlich auf eine Vollmitgliedschaft als Ziel fixiert sind und empfahl, in diesem Rahmen –

ebenso wie Angela Merkel – eine »privilegierte Partnerschaft« als andere Option offenzuhalten. So denkt auch der französische Staatspräsident, der handschriftliche Depeschen an seinen zypriotischen Amtskollegen mit der Bitte verschickte, Stärke beim Widerstand gegen die Türkei (so Pressemeldungen) zu demonstrieren. Keiner der beiden hatte jedoch die erforderliche Zivilcourage, um diese Position in der Öffentlichkeit zur Unterstützung Schüssels zu vertreten; auf diese Weise fielen sie Österreich im Vorfeld der Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft in den Rücken. Dagegen hatten die AKP-Islamisten, welche die Türkei mit islamischer Legitimation regieren, den Mut, ihre antichristliche Propaganda im Rahmen ihres Fremdbildes von der Europäischen Union als »Christenclub« unentwegt zu aktivieren und parallel offen zu drohen, »die Türkei würde im Falle einer Ablehnung eigene Wege gehen«. Um welche Wege es sich dabei handelt, wurde von den AKP-Politikern allerdings nicht ausgeführt.

Im Zusammenhang mit der Androhung eigener Wege der Türkei sind die Szenario-Phantasien des türkischen Bestsellerautors Burak Turna von großem Interesse. Sie werden in seinem 2005 auf Türkisch erschienenen Thriller »*Üçüncü Dünya Savası*« (Der dritte Weltkrieg) entfaltet. Es handelt sich dabei um einen Phantasieroman (vgl. Anm. 16), in dem Turna die Drohung eines eigenen Weges der Türkei bei Ablehnung einer Vollmitgliedschaft substantiiert. Er beschreibt in einem Szenario für 2010 das Verhalten der Türkei nach Abweisung durch den »Christenclub« EU, in deren Mitgliedstaaten in diesem Machwerk die Faschisten die Macht übernommen haben. Im Roman verbündet sich die Türkei nach der durch die EU erfahrenen Abweisung mit einem orthodoxen Rußland und führt Krieg gegen die inzwischen angeblich faschistisch gewordenen Regierungen Europas. Türkische Truppen erobern Berlin, lösen die EU auf und Istanbul wird zum Zentrum einer neuen europäischen Ordnung. Diese Phantasien stammen von einem der populärsten Romanautoren der Türkei (Verkauf von August bis Oktober 2005: 130.000 Exemplare), der in allen türkischen Talkshows ein Forum für dieses Horrorszenerario eines »Kulturkrieges zwischen Europa und dem Islam« geboten bekam. Dem *International Herald Tribune* sagte Burak Turna, dessen Hobby Computerspiele sind: »Ich liebe es, China zu spielen, um mit einer Atombombe Europa ins Steinzeitalter zu bombardieren.« Wundert man sich, wenn Europäer bei solchen Phantasien – auch ohne den Roman von Burak Turna gelesen zu haben – Angst vor den Türken bekommen und Vorbehalte gegen deren EU-Beitritt entwickeln? Laut einer EU-Umfrage vom Juli 2005 lehnen 65 Prozent der EU-Bürger einen Beitritt der Türkei als Vollmitglied ab. Das ist die Volksmeinung, die in einer Demokratie zu respektieren ist. Als Muslim, der den Islam und Europa versöhnen will, halte ich diese Stimmung für problematisch, nehme sie als Demokrat jedoch ernst.

Für die Gestaltung einer friedlichen Beziehung Europas zur Welt des Islam ist es sehr besorgniserregend, wenn im Propagandakrieg von türkischer Seite stets der Vorwurf »Europa ist ein Christenclub« erhoben wird. Unter US-Druck hat die EU offiziell die Verhandlungen mit der Türkei über deren Aufnahme als Vollmitglied eröffnet. Hierbei stellt sich die Frage: Worum geht es, und was hat dies mit der Identität Europas zu tun? Um vorab Mißverständnisse aus dem Weg zu räumen: Es geht weder darum gegen die Türkei noch gegen den Islam mobil zu machen, wohl aber darum, für Europa und die friedliche Koexistenz beider einzutreten. Es gehört zum in Salzburg verkündeten »*Sound of Europe*«, sich mit beiden zu arrangieren, jedoch unter

Bewahrung der zivilisatorischen Identität Europas. EU-Politiker wie Günther Verheugen reden sicherheitspolitisch – nicht zivilisatorisch – vom Bedarf, die Türkei als Schlüssel zur islamischen Welt zu nutzen. Was ist damit gemeint?

EU-Vollmitgliedschaft der Türkei – Schlüssel zur Welt des Islam?

Eine europäische Türkei kann als Vorbild für die Welt des Islam gelten. Noch ist die Türkei der einzige verfassungsmäßig säkulare Staat in jener religiös-islamisch definierten Welt. Solange die Türkei aber von der islamistischen AKP-Partei regiert wird, kann sie nicht Vollmitglied in der EU werden. Die Aufnahme einer sich entwestlichenden Türkei, die gewissermaßen »mit dem Kopftuch nach Europa« (vgl. Anm. 15) will, bedeutet darüber hinwegzusehen, daß dort die Religionsfreiheit fehlt, und kommt somit der Aufgabe der Idee von der EU als Wertegemeinschaft gleich. Die Christen genießen in der Türkei beispielsweise keine Religionsfreiheit, zudem nimmt sich die Türkei weiterhin das Recht, Tausende von Imamen durch die Diyanet-Behörde (Amt für Religionsangelegenheiten) nach Europa zu entsenden, die durch die Verbreitung eines schriftgläubigen salafistischen (also keines europäischen Islam) die Integration türkischer Migranten verhindern. Hinzu kommt, daß die türkischen Politiker mit der bereits kritisierten Beschimpfung der EU als Christenclub den Ton eindeutig überziehen. Auf dieser Grundlage ist es mehr als fragwürdig, inwieweit die EU mit der Türkei als Mitglied einen Schlüssel oder Brücke zur islamischen Welt gewinnt.

Es ist zu bedauern, daß eine inhaltlich offene Türkei-EU-Debatte aus Angst vor populistischem Mißbrauch von den demokratischen Parteien blockiert wird. In Salzburg wurde das Problem zwar von de Villepin angesprochen, die Debatte hierüber aber ausgeklammert. Gerade in einem demokratischen Europa muß es erlaubt sein, eine offene Debatte über den Beitritt der Türkei zu fordern und hierbei die Frage zu stellen: Welche Türkei kommt in die EU, und – insbesondere nach den Terroranschlägen durch djihadistische Islamisten letztes Jahr in London und 2004 in Madrid und Amsterdam – welcher Islam wird in Europa zugelassen? Die genannten Ereignisse zwingen über die tagespolitische Aktualität hinaus zu weiteren Enttabuisierungen in der europäischen EU-/Türkei-/Islam-Debatte. In Salzburg forderte der niederländische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende, den Islam in die Diskussion über die Identität Europas einzubeziehen, ohne daß dies getan wurde.

Ohne Zweifel können sowohl die Türkei als auch muslimische Migranten zu Europa gehören, eben weil die EU kein Christenclub, sondern säkular und inklusiv ist, wengleich die christlichen Wurzeln nicht zu verleugnen sind. Das ist keine Schande und darf nicht Anlaß für eine Beschimpfung als »Christenclub« sein. Klar ist, daß die Türkei nur dann eine Brücke – kein Schlüssel – für Europa sein kann, wenn sie europäische Maßstäbe erfüllt. Der übergeordnete Kontext ist stets die Problematik Islam und Europa. Die inzwischen international entfachte Debatte betrifft die zivilisatorische Identität und die innere Sicherheit Europas.

Die benötigte Doppelstrategie Europas

Die AKP, die heute die Türkei regiert, ist eine Partei, die ihre Wurzeln eindeutig im Islamismus hat. Doch ihre Führer verleugnen dies und beanspruchen, als »islamisch-konservativ« zu gelten. Stimmt das? Die Türkei-Berichterstattung vieler Zei-

tungen, wie etwa der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) und der *Neuen Zürcher Zeitung*, verdunkelt diese Zusammenhänge. Leitartikler der *International Herald Tribune* (IHT), wie Thomas Friedman und John Vinocur, verfahren anders. Friedman fordert dazu auf, bei der Islam-Debatte zwischen »excuse makers« (denjenigen, die Entschuldigungen suchen) und »truth tellers« (jenen, die die Wahrheit ungeschminkt erzählen) zu unterscheiden. Zu den Ersteren rechnet er viele europäische Schreiber, die allein die westliche Politik im Irak und in Palästina als Ursache angeben für den Haß auf den Westen, aus dem der Islamismus hervorgeht. Die »truth tellers« sind hingegen bemüht, hinter dem Islamismus jene »deadly idea« zu sehen, die ihre Anhänger im »war of ideas« zum religiösen Fanatismus treibt. Die Europäer sind aufgefordert, offener über den politischen Islam als religiösen Fundamentalismus zu reden und sich zu fragen, ob er in Europa zu tolerieren ist.

Nach den bisherigen Ausführungen läßt sich festhalten, daß das Problem nicht die Religion des Islam, sondern die totalitäre Ideologie des Islamismus ist. Die AKP kommt aus der islamistischen Ecke. Der Deutschland-Experte der IHT, John Vinocur, zeigt in seinem Leitartikel mit dem Titel »Europe needs to decide how to live with Islam«¹⁷, wie die Europäer sich um eine solch dezidierte Einstufung der AKP drücken und keine Debatte darüber erlauben. Europäische Politiker haben bisher parallel zur Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der von der AKP regierten Türkei eine solche Debatte als wider die *Political Correctness* behindert. Die Frage: »Gibt es eine islamische bzw. islamistische Herausforderung an die zivilisatorische Identität Europas?« (vgl. Anm. 5) muß aber in einer bedrohten offenen Gesellschaft zugelassen werden. Demokratische Europäer sind gefordert, nach alternativen Formen des friedlichen Zusammenlebens mit dem Islam zu fragen. Ein Land mit der Geisteshaltung eines »Kopftuch-Islamismus« in die EU aufzunehmen bedeutet, eine Herausforderung für Europa schweigend hinzunehmen.

Eine Schicksalsfrage für Europa

Sowohl bei der Debatte über den möglichen EU-Beitritt der Türkei als auch bei der über den Islam in Europa wiederhole ich als Muslim und in Europa lebender Migrant mit Anspruch auf einen Bürgerstatus, daß die vorgetragenen Einwände gegen die Aufnahme der Türkei sich nur gegen eine Kopftuch-Partei, die das Land quasi wie in einem Einparteiensystem regiert, beziehen. Auch richtet sich die Kritik lediglich gegen einen Islam, der sich einer Europäisierung widersetzt, nicht gegen den Islam im allgemeinen. Die Schicksalsfrage lautet: Wird es Europa gelingen, den Islam zu europäisieren, oder wird dies scheitern und Europa islamisiert? Die EU-Türkei-Frage gehört zu dieser Problematik, die im 21. Jahrhundert für Europa und seine Identität existentiell ist (vgl. Anm. 10).

Bei der Debatte über die Politik Europas gegenüber dem Islam ist der Ausgangspunkt, daß die EU eine zivilisatorische Identität hat. Sollte sie sich nicht nur als wirtschaftliche Union, sondern auch als eine auf gemeinsame zivilisatorische Werte bezogene Gemeinschaft verstehen, dann müssen die bereits gestellten zwei Fragen, welche Türkei beitrifft und welcher Islam nach Europa kommt, in der diskursiven Auseinandersetzung zugelassen werden. Spezifisch gefragt: Handelt es sich um eine säkulare oder eine islamistische Türkei, um einen europäischen oder um einen nahöstlichen unreformierten Islam? Ein Islam ohne religiöse Reformen zu seiner

Anpassung an die Demokratie – zum Beispiel der Islam Tareq Ramadans – ist kein Euro-Islam und daher mit Europa nicht vereinbar!!

Die Idee Europas ist säkular, keine Satzung für einen Christenclub

Europa hat zugegebenermaßen christliche Wurzeln, aber seine Grundwerte als zivilisatorische Orientierung sind säkular. Deshalb kann ein Muslim wie dieser Autor Wahleuropäer werden, wenn er europäische Werte beherzigt. Gleiches gilt auch für die Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union. Es ist daher eine Diffamierung, wenn die im politischen Islam verwurzelte AKP die EU wiederholt als »Christenclub« titulierte. Diesen Vorwurf habe ich bereits in einem gesonderten Abschnitt erörtert, dennoch ist die Wiederaufnahme hier insofern keine Wiederholung, als es dabei auch um die Verteidigung der Idee Europas und ihrer zivilisatorischen Inhalte geht, die unter Beschuß des salafistischen Islam und des Islamismus stehen. Eben diese zivilisatorische Werteorientierung, die als Substanz der Idee Europas und seiner Identität gilt und die von der AKP als Kopftuch-Schari'a-Islam-Partei auf allen Ebenen (Geschichte, Mitgliedschaft, Führung) nicht geteilt, gar als »Christenclub« verfemt wird, darf nicht aufgegeben werden. Der von der AKP vertretene Islamismus pflegt eine Ideologie, die mit dem Projekt der Europäisierung der Türkei nicht vereinbar ist. In diesem Kontext dient der Begriff »Christenclub«, der von den Islamisten als Keule verwendet wird, als Ablenkungsmanöver. Was in Wirklichkeit geschieht ist, daß ein »Feindbild Christentum im Islam«¹⁸ gepflegt wird. Dieses von Ursula Spuler-Stegemann in ihrem gleichnamigen Buch aufgezeigte Phänomen existiert parallel zum Feindbild Islam in Europa. In dieser Konfliktsituation entsteht eine Polarisierung, von der die Idee Europas betroffen ist. In den europäischen Medien wird den Islamisten und ihren europäischen Verbündeten im »Krieg der Ideen« erlaubt, ein »Feindbild Islam« anzuklagen, aber keiner dieser Meinungsmacher spricht vom Feindbild Europa unter den Muslimen, dessen Existenz die gewalttätigen Ausschreitungen im Kontext des Karikaturenkonflikts belegen. Außerdem übersehen sie das Wechselspiel der Feindbilder¹⁹, womit gemeint ist, daß die Feindbilder zweier gegnerischer Parteien aufeinanderprallen.

Zum »Sound of Europe« gehört die Islam-Problematik

Dieser Essay wurde mit einer Erläuterung der in Salzburg aufgeworfenen Problematik der zivilisatorischen Identität Europas und der dazugehörigen Werte eingeleitet. Hierbei machte ich geltend, daß die Existenz von 20 Millionen Muslimen in der EU und das Drängen der Türkei auf einen Unionsbeitritt dazu zwingen, die Islam-Problematik in die Überlegungen zum »*Sound of Europe*« einzubeziehen. Während der abschließenden Podiumsveranstaltung des Salzburger Forums, bei der neben Gastgeber Bundeskanzler Schüssel weitere hochrangige europäische Politiker anwesend waren, meldete ich mich aus dem Publikum mit dem Einwand, daß im Podium auch eine aufgeklärte islamische Stimme hätte vertreten sein müssen. Schließlich kann Europa die soeben angeführten Tatsachen nicht folgenlos ignorieren und so tun, als gebe es keine Muslime in Europa.

Bemüht sich Europa nicht um einen Euro-Islam, dann bekommt es Islamismus und Salafismus in seiner Islam-Diaspora. Beide akzeptieren die Trennung von Reli-

gion und Politik sowie die Gleichheit von Mann und Frau nicht. Körperliche Strafen (Peitschen, Handabhacken, Steinigung) gehören zur Schari'a, für die die Vertreter eines solchen organisierten Islam eintreten. Man muß diesen Leuten sagen dürfen, daß dies keine europäische Orientierung ist. Unterließe man dies, dann wäre der nächste Schritt die Akzeptanz der Schari'a in Europa und die Billigung des Rufes nach einer islamischen Ordnung, die auch als Erfüllung einer Schari'a-Vorschrift gesehen wird. Die türkische AKP betrachtet beispielsweise das Tragen des Kopftuchs als Schari'a-Vorschrift. Daher meine Frage in bezug auf eine mögliche Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union: »Mit dem Kopftuch nach Europa?« Diese Frage kann gleichermaßen auf die in Europa lebenden muslimischen Migranten und die Türkei, die den Beitritt zur EU wünscht, bezogen werden. Europa muß den Islam als Religion respektieren. Die Kopenhagener Karikaturen waren eine Schande, sie wären jedoch schnell vergessen worden, wenn nicht antieuropäisch eingestellte Kopenhagener Imame in die Welt des Islam gereist wären und gegen Europa aufgehetzt hätten.

Zusammenfassend halte ich fest: Eine Islam-Diaspora von 20 Millionen und das Ansinnen der Türkei auf EU-Mitgliedschaft zwingen Europa dazu, sich für den Islam zu öffnen, aber es muß hierbei klare Positionen auf der Basis der europäischen Identität beziehen. Die Türkei verweist auf 4 Millionen Türken in Europa, was jedoch nicht die Eignung für eine EU-Vollmitgliedschaft begründet. So leben in Frankreich acht Millionen muslimische Araber aus dem Maghreb, ohne daß Algerien oder Marokko daraus ein Recht auf Mitgliedschaft in der EU ableiten. Diese beiden nordafrikanischen Länder sind zudem im Zeitalter globaler illegaler Migration – vor allem aus dem subsaharischen Afrika – sicherheitspolitisch ebenso zentral, wenn nicht noch wichtiger für die Sicherheit Europas als die Türkei. Das wichtigste Kriterium für die EU-Mitgliedschaft der Türkei – natürlich neben der Erfüllung der sogenannten Kopenhagener Kriterien – ist deren wertebezogene Europäisierung. Dasselbe muß man von den muslimischen Migranten innerhalb Europas im Rahmen eines Euro-Islam fordern. Imamen, die gegen Europa aufhetzen, soll man die Tür weisen. Ich wiederhole es: Die EU ist kein Christen-, sondern ein Europäer-Club, der die Idee Europas als informelle Satzung hat. Die muslimischen Migranten und die Türkei können Mitglied dieses Clubs werden, sofern sie die Idee Europas annehmen.

Wird das Kopftuch als Emblem in der Türkei und der Islam-Diaspora kritisiert, ist hinzuzufügen, daß die Europäer kein Recht haben, den Türken oder anderen Muslimen etwas vorzuschreiben, wenn es um Angelegenheiten der Welt des Islam geht. Wenn die Muslime aber in Europa leben möchten beziehungsweise wenn die Türken, die Mitglied in der EU werden wollen, eine Partei wie die AKP wählen, dann haben die Europäer das Recht mitzureden. Keine Europäisierung zu fordern heißt, die Idee Europas aufzugeben. Die Europäer müssen daher das bisherige Taktieren beenden und offen die Option einer speziellen Partnerschaft, also keine Vollmitgliedschaft propagieren. Die Türkei ist für Europa wichtig, wenn sie aber europäische Maßstäbe mißachtet und wenn ihre Bevölkerung sich nicht überzeugend für eine europäische Identität entscheidet, gehört sie nicht zu Europa. Unterzieht sich die Türkei aber dem langwierigen Prozeß der Europäisierung, dann kann die Vollmitgliedschaft eine Option sein. In zehn Jahren ist dies allerdings kaum zu leisten oder zu erwarten, und daher ist die EU-Vollmitgliedschaft auf absehbare Zeit keine reale Perspektive.

Der Roman von Burak Turna, der einen »Dritten Weltkrieg« mit dem Resultat der Verlegung des Zentrums Europas nach Istanbul ankündigt, sollte zum Nachdenken veranlassen. Auch die Schlägerei beim Fußballspiel Schweiz–Türkei ist bedenkenswert, ebenso wie die Forderung der AKP-Regierung während des Karikaturenskandals, Zensur in Europa einzuführen. Die Anschläge von Madrid und London, der Mord an van Gogh in Amsterdam und der islamische Aufstand in den »banlieues de l'Islam« in Frankreich waren ebensowenig spontane Akte einiger Randalierer wie die Ausschreitungen gegen die EU im Januar/Februar 2006.

Zum Schluß möchte ich an den eingangs hergestellten Bezug dieses Essays zur Salzburger »Sound of Europe« Veranstaltung konklusiv erneut anknüpfen. In ihrer Wochenendausgabe vom 28./29. Januar 2006 hat die Wiener Tageszeitung *Die Presse* auf der ersten Seite unter der Überschrift »Informelle Identitätssuche« den Event so beschrieben:

»300 Experten aus Politik, Wissenschaft, Kunst und Medien haben sich zusammengefunden, um über die Zukunft Europas zu diskutieren. Die Großveranstaltung ist ... (eine) informelle Konferenz, um über die Werte und die Identität der Europäischen Union zu debattieren.«

Die Frage aufwerfend, warum die Europäer auch in Salzburg Monologe mit sich und keine Dialoge mit dem Islam führen, stelle ich mit Francis Fukuyama in seiner »Lipset Lecture« über die Demokratie fest, daß Europa heute ein »Schlachtfeld des Islamismus« geworden ist, ohne daß Europa diese Realität gebührend wahrnimmt. Fukuyama schreibt, daß »eine wichtige Quelle des gegenwärtigen radikalen Islamismus nicht im Nahen Osten liegt, sondern vielmehr in Europa ... Die wahre Herausforderung für die Demokratie liegt in Europa ... Der Multikulturalismus war in jener alten und bisher praktizierten Form gefährlich und kontraproduktiv.«²⁰ Es ist bedenklich, daß die in Salzburg versammelte Elite Europas nicht gewillt war, diese Herausforderung wahrzunehmen, denn schließlich handelt es sich dabei um die größte Bedrohung der europäischen Identität im 21. Jahrhundert.

*

Bassam Tibi lehrt Internationale Beziehungen in Göttingen und ist A.D. White Professor-at-Large an der Cornell University, USA. Seine Bücher »Mit dem Kopftuch nach Europa? Die Türkei auf dem Weg in die EU«, »Europa ohne Identität?« und »Islamische Zuwanderung. Die gescheiterte Integration« beleuchten die in diesem Essay erörterten Themen des »Sound of Europe«. 1995 verlieh ihm der damalige Bundespräsident Roman Herzog für seine Verdienste um ein besseres Verständnis vom Islam in Europa das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

Anmerkungen

¹ Jürgen Habermas, *Der philosophische Diskurs der Moderne*, Frankfurt am Main 1985.

² B. Tibi, *Europa ohne Identität?*, München 1998, Neuausgabe 2002.

³ Die Papers vom Projekt des Nexus Instituts »Europe. A Beautiful Idea« sind in den vom Institut herausgegebenen Heften enthalten. Vgl. Heft 41 mit dem Thema »Spiegels voor Europa«, darin B. Tibi, »Euro-Islam. Juridisch burgerschap en burgers van het hart«, in: *Nexus* (2005), Heft 41, S. 173–203.

⁴ Siehe hierzu Jack Goody, *Islam in Europe*, Cambridge 2004.

- ⁵ Vgl. B. Tibi, »Gibt es eine islamische bzw. islamistische Herausforderung an die Identität Europas?«, in: *Religion – Staat – Gesellschaft*, Bd. 6 (2005), Heft 1, S. 19–62.
- ⁶ B. Tibi, *Der neue Totalitarismus*, Darmstadt 2004.
- ⁷ Zum Wandel der europäischen Identität zwischen den Extremen des Eurozentrismus und dem wertebeliebigen Multikulturalismus, der zur zivilisatorischen Selbstverleugung führt, vgl. B. Tibi, *Europa ohne Identität?* (Anm. 2).
- ⁸ Der Begriff »Enklave« stammt in diesem Kontext von John Kelsay, *Islam and War*, Louisville 1993, S. 118. Ich habe dagegen den Begriff »Parallelgesellschaft« in meinem Buch *Islamische Zuwanderung. Die gescheiterte Integration*, München 2002, Kapitel 3 und 4 geprägt.
- ⁹ Vgl. den Artikel »Identity Politics«, in: *Routledge Encyclopedia of Government and Politics*, 2 Bde., London 2004, Bd. I; und zum Begriff »cultural turn« (kulturelle Wende) Roland Robertson, *Globalization. Social Theory and Global Culture*, London 1998, Kap. 2.
- ¹⁰ Vgl. die Ergebnisse des Berkeley-Projekts »Islam and the Changing Identity of Europe«, erschienen in dem Buch von Nezar AlSayyad und Manuel Castells, Hg., *Muslim Europe or Euro-Islam?* Berkeley and Lanham 2002, darin B. Tibi, »Muslim Migrants in Europe. Between Euro-Islam and Ghettoization«, S. 31–52, sowie mein Kapitel in Peter Katzenstein, Hg., *Religion in an Expanding Europe*, Cambridge 2006.
- ¹¹ Jürgen Habermas, *Glauben und Wissen*, Frankfurt am Main 2001. Ich argumentiere gegen Habermas in meinem Buch *Islam between Culture and Politics*, New York 2005, Teil V.
- ¹² Martin Marty und Scott Appleby, Hg., *The Fundamentalism Project*, 5 Bde., Chicago 1990–95 (ich bin Mitautor von Bd. 2, *Fundamentalisms and Society*, Chicago 1993, über den islamischen Fundamentalismus).
- ¹³ Artikel »Salzburg Hills are Alive with the Sound of Europe«, in: *Financial Times* vom 27. Januar 2006.
- ¹⁴ Hierzu Bernard Lewis, *The Emergence of Modern Turkey*, Oxford, Neuauflage 1979.
- ¹⁵ Siehe hierzu B. Tibi, *Mit dem Kopftuch nach Europa? Die Türkei auf dem Weg in die EU*, Darmstadt 2005.
- ¹⁶ Zu dieser Symbolik und ihrer brutalen Realität Necla Kelek, *Die fremde Braut*, Köln 2005. Die türkische Soziologin wurde in einem offenen Schreiben – veröffentlicht in der Wochenzeitung *Die Zeit* – von 60 Deutschen, die sich hochstaplerisch als Migrationsforscher ausgaben, hart angegriffen, weil sie die von diesen Sittenwächtern gewahrten Multi-Kulti-Tabus gebrochen hat (vgl. FAZ-Feuilleton vom 3. Februar 2006). Ein Bericht über Burak Turna erschien in: *International Herald Tribune*; vgl. auch den Artikel »Europa ist rassistisch« in der Zeitschrift *Cicero*, Dezember 2005, S. 46.
- ¹⁷ John Vinocur, *International Herald Tribune* vom 26. Juli 2005.
- ¹⁸ Ursula Spuler-Stegemann, Hg., *Feindbild Christentum im Islam. Eine Bestandsaufnahme*, Freiburg/Br. 2004.
- ¹⁹ Siehe hierzu B. Tibi, »Der Islam und der Westen. Wechsel der Feindbilder«, in: H. Hoffmann und W. Schoeller, Hg., *Wendepunkt 11. September*, Köln 2001, S. 187–197.
- ²⁰ Francis Fukuyama, »War das erst der Anfang? Islamismus. Das neue Zentrum der Ideologie liegt in Europa«, in: *Cicero* vom Dezember 2005, S. 44–48.